Donnerstag, den 19. April 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 92

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Riesenblamage des Parteiministers Keudell.

Die Mehrheit der Länderregierungen gegen das verfassungswidrige Vorgehen des Reichsinnenministers.

Berlin, 17. April. (Eigener Bericht.) Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem 16. April hat das Reichsministerium des Innern an die Länder-Regierungen das Ersuchen gerichtet, den „Roten Frontkämpferbund" nebst seiner Sektion „Rote Marine" und seiner Jugendorganisation „Jungfront" auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik zu verbieten. Der preußische Minister des Innern hat dem Reichsministerium des Innern mitgeteilt, daß er nach Lage der Sache diesem Ersuchen nicht entsprechen könne und daß er gemäß § 17, Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik den IV. Strafsenat des Reichsgerichts (Staatsgerichtshof) um Entscheidung angerufen habe.

* * *

Dieses Ersuchen des preußischen Innenministers ist auf telegraphischem Wege erfolgt. Eine schriftliche Begründung wird dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts als zuständige Instanz bereits am Donnerstag zugehen.

Außer der preußischen Regierung haben auch die Regierungen von Hessen, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg und Lübeck gegen den Schritt des Reichsinnenministers Einspruch erhoben und telegraphisch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen. Die badische Regierung wird sich ebenfalls an den Staatsgerichtshof wenden. Sachsen hat sich bisher noch nicht dazu entschlossen. Aus offiziösen Aeußerungen ergibt sich jedoch, daß selbst die sächsische Regierung dem Ersuchen des Reichsinnenministers ablehnend gegenübersteht.

Zustimmend werden sich lediglich der deutschnationale Staatspräsident von Württemberg, Bazille, und die reaktionäre bayerische Regierung äußern. In Württemberg und Bayern hat man von jeher Wasser auf die Mühle der Kommunisten getrieben.

Der Reichstag wird Keudell stellen.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, der nach Artikel 35 der Reichsverfassung zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages bestellt ist, ist am Mittwoch vormittag von dem Vorsitzenden dieses Ausschusses, Abgeordneten Henke (Soz.), zu Dienstag, den 24. April, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht das Ersuchen des Reichsministers des Innern an die Länder-Regierungen, ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu erlassen.

* * *

Der deutschnationale Reichsinnenminister hat von jeher keine glückliche Hand gehabt. Als Landrat hat er nichts getaugt und als Reichstagsabgeordneter hat er ebenso versagt wie als Minister. Was er anfaßte, war verfehlt.

Dieser Tage hat er sich wieder einmal in der hohen Politik geübt. Auch das ging schief. Die fast unzähligen Niederlagen dieses Parteiministers wurden um eine neue und hoffentlich die letzte, vermehrt. Die letzte, weil dieser deutschnationale Reaktionär die längste Zeit Amt und Würden in der Republik bekleidet haben dürfte. Mit dem 20. Mai sind seine Tage als Minister gezählt. Unter Westarps glorreicher Führung wird er dann gegen alles ankämpfen, was er bis dahin gebilligt und mitgemacht hat. Das ist **echt deutschnational** im Sinne Westarps, antideutsch und antinational für jeden anständigen Menschen.

Also dieser besagte deutschnationale Minister hat es für angebracht gehalten, die Landesregierungen um ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu ersuchen. **Er hat das getan ohne vorherige Zustimmung des Kabinetts und ohne vorherige Fühlungnahme mit den Ländern.** Marx ist trotzdem nicht unschuldig an der Affäre. Er hat davon gewußt wie Stresemann und Köhler. Er hat es gewußt, ohne Widerspruch zu erheben. Energielos wie er ist, hat er seinen Hans Dampf in allen Gassen schalten und walten lassen. Die Folge ist

eine neue Niederlage der Bürgerblockregierung.

Nicht nur Preußen, auch andere Länder haben es abgelehnt, sich zum Objekt eines parteipolitischen Manövers des deutschnationalen Innenministers machen zu lassen. Sie haben, wie die preußische Regierung die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen. Bis dahin steht das Ersuchen Keudells auf dem Papier, und selbst, wenn der Staatsgerichtshof deutschnationaler sein sollte als der deutschnationale Parteiminister, so wäre damit für die „Sicherung der Wahlfreiheit" gar nichts gewonnen. Der Rote Frontkämpferbund ist eine Organisation der Kommunistischen Partei. Seine Mitglieder sind zu 99 Prozent in der KPD. organisiert, und werden für die Kommunisten mit oder ohne Uniform des Roten Frontkämpferbundes im Wahlkampf agitieren. Praktisch wird also an dem bestehenden Zustand durch ein Verbot nichts geändert.

Diese Sachlage läßt den Schritt des deutschnationalen Innenministers einwandfrei als ein parteipolitisches Manöver im Interesse der Deutschnationalen Partei erkennen. Sie bestätigt unsere Auffassung, daß von dem Roten Frontkämpferbund gesprochen wird, aber die von der Sozialdemokratie beeinflußte preußische Regierung gemeint ist. Die Kommunisten haben diesen Wink verstanden. Ihre Hetze gegen die Sozialdemokratie hat bereits auf der ganzen Linie eingesetzt. Ihre Rache gilt nicht dem Urheber des geplanten Verbots, sondern der großen Arbeitnehmerpartei. Das wollte Keudell und damit hat er in gewissem Sinne seinen Zweck erreicht. Aber nichts mehr: die erwarteten Auswirkungen dieses Zweckes wird die Sozialdemokratie zu hintertreiben wissen.

Die Koalitionspresse gegen Herrn von Keudell.

Köln, 18. April. (Eigener Drahtbericht.) Die volksparteiliche „Kölnische Zeitung" schreibt am Mittwoch zu dem Ersuchen des Reichsinnenministers von Keudell an die Landesregierungen: „Es handelt sich hier um ein bedauerliches Gegeneinanderarbeiten, das bei dem schroffen Gegensatz von Sozialdemokraten und Kommunisten leicht zu einer Stärkung der Kommunisten führen könnte, wenn etwa der sozialdemokratische preußische Minister des Innern gezwungen wäre, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Die Roten Frontkämpfer sind wirklich keine angenehmen Mitbürger, aber verbietet man sie jetzt, so könnten die Länderregierungen auf den naheliegenden Gedanken kommen, diese Maßnahme auf alle Organe auszudehnen, von denen Wahlterror zu befürchten ist. Die politischen Erfahrungen lehren jedoch, in Wahlzeiten mit Verboten äußerst sparsam umzugehen."

Die „Kölnische Volkszeitung" begleitet die Absicht des Herrn von Keudell mit noch schärferen Worten. Sie sagt u. a.: „Die Frage eines Verbots einer Kampforganisation, wie es der Rote Frontkämpferbund ohne Zweifel ist, kann nur nach rein sachlichen Erwägungen und unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der öffentlichen Ordnung bei bevorstehenden Wahlen geprüft werden. Das Konto der roten Frontkämpfer ist mit allerlei Ausschreitungen und Ruhestörungen belastet. Die Rechtspresse hat in den letzten Tagen dieses Schuldkonto mit einer auffallenden Beflissenheit noch vermehrt, wobei auch Kleinigkeiten offensichtlich aufgebauscht worden sind. Das alles diente wohl zur Vorbereitung des Schrittes des Reichsinnenministers, dem es hoffentlich gelingt, die sozialdemokratischen Anschuldigungen vor dem Staatsgerichtshof zu entkräften; denn niemand wünscht, daß ein Bevölkerungsteil, und seien es selbst die so wenig angenehmen Zeitgenossen wie die roten Frontkämpfer, aus parteipolitischen Gründen unter ein Ausnahmerecht gestellt werden. Recht und Unrecht liegen ja bei den verschiedenen Schlägereien zwischen Rotfront und anderen Kampfverbänden nicht immer so klar zutage, wie das von den Blättern je nach ihrer Einstellung zu den Bünden frisch und fröhlich behauptet wird. Das politische Rowdytum beschränkt sich leider nicht auf die Roten Frontkämpfer, und die Mitglieder der anderen Kampfverbände bestehen ja auch nicht aus lauter Tugendbolden. Wenn schließlich Herr Frick oder ein anderer völkischer Held im Reichstag vom Leder zieht, kann selbst Herr Höllein nicht mehr mit. Das Instrument der staatlichen Macht zur Sicherung der Wahlfreiheit muß so gerecht nach allen Seiten unparteiisch gehandhabt werden, daß jeder Verdacht parteiagitatorischer Nebenabsichten von vornherein ausgeschlossen ist."

Der Pressedienst der Zentrumspartei schreibt zu der Aktion des deutschnationalen Innenministers:

„In der Tat ist es schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß die Aktion des Reichsinnenministers von keiner einseitigen Parteilichkeit diktiert ist. Um einen solchen Anschein zu vermeiden, wäre es u. E. richtiger gewesen, entweder für die Epoche des Wahlkampfes sämtliche politische Kampfverbände in Bausch und Bogen zu verbieten, oder aber die sofortige Auflösung einer Organisation anzudrohen, für den Fall irgendeiner gewalttätigen Ausschreitung."

Die „Germania" schweigt sich dagegen immer noch aus. Sie zeichnet sich im Gegensatz zu früher in den letzten Monaten überhaupt dadurch aus, daß sie eine Stellungnahme zu wichtigen politischen Fragen vermeidet!

Frankfurt a. M., 18. April. (Eig. Drahtbericht.) Die „Frankfurter Zeitung" weist gegenüber dem Plan des deutschnationalen Innenministers am Mittwoch in einem längeren Artikel zunächst darauf hin, daß von Keudell die ihm noch verbleibende kurze Frist seiner Ministertätigkeit nach Kräften ausnütze, um Wahlpropaganda zu treiben. Das Blatt weist dann nach,

daß der Innenminister keinerlei rechtliche Handhabe besitze, um nach einer Seite hin ein Verbot zu erlassen. Wenn er das Sündenregister der rechts- und linksradikalen Verbände zusammenstellen würde, müßte er genau so viel Ausschreitungen auf der rechten Seite buchen. Aufreizungen der rechten Seite hätten im übrigen wiederholt zu Morden geführt.

Am Schluß des Artikels heißt es dann wörtlich: „Welches ist nun der politische Zweck seines Vorgehens? Daß ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes mit der Sicherung der Wahlfreiheit nicht das mindeste zu tun hat, weiß er natürlich ganz genau. Er muß aber auch wissen, daß er mit einem solchen Verbot und schon dem Verlangen danach den Kommunisten den bequemsten Agitationsstoff schafft. Er konnte kaum anders handeln, wenn er ihnen direkt Schlepperdienste leisten wollte. Die deutlich erkennbare Tendenz ist die, den preußischen Minister des Innern, den Sozialdemokraten Grzesinski, in eine unangenehme Situation dadurch zu bringen, daß er durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs gezwungen wird, das zunächst von ihm abgelehnte Verbot doch auszusprechen. **Es wird erwartet, daß** davon die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokraten bei den Wahlen profitieren und andererseits auch die Rechte von der erneuten Verschärfung der Gegensätze Vorteil ziehen werde. Wir haben hier etwas Aehnliches, wie wir es bei dem

wiederholten Zusammengehen der Deutschnationalen und der Kommunisten im Parlament

gesehen haben. Aber die Wählerschaft ist doch nicht so einsichtslos, um nicht das hier getriebene Spiel zu verstehen, und so wird, wie wir sicher glauben, der Keudellsche Trick schließlich nicht für, sondern gegen die Deutschnationalen und die Rechtsradikalen ausschlagen."

Der „Vorwärts" schreibt in seiner heutigen Morgenausgabe zu dem Manöver des Reichsministers des Innern gegen den Roten Frontbund u. a. folgendes:

„Es geht in der Reichsregierung auf Abbruch drunter und drüber. Jeder Minister handelt auf eigene Faust. Die Parteien, die in der Reichsregierung vertreten sind, bekämpfen sich untereinander in den schärfsten Formen. In dieser Regierung ist keine Autorität, sie hat keine Autorität nach außen. Um so deutlicher tritt **der parteipolitische Charakter der Keudellschen Aktion hervor.**

Herr v. Keudell ist im Ueberwachungsausschuß des Reichstages verantwortlich. Er wird dort gestellt werden. Mit ihm trägt die Verantwortung der Reichskanzler, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt. Er wird doch nicht bestreiten wollen, daß es sich um eine politische, nicht um eine polizeiliche Aktion handelt."

Die Kommunisten demonstrieren.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ruft heute zu einer Demonstration der Kommunisten im Lustgarten gegen den Plan des deutschnationalen Innenministers auf. Die Kundgebung soll heute Abend stattfinden. Außerdem richtet der Rote Frontkämpferbund eine endlose Erklärung an seine Mitglieder. Die Kundgebung strotzt natürlich vor Angriffen gegen die Sozialdemokratie. Von dem Urheber des geplanten Verbots ist in ihm kaum etwas enthalten.

Die Gier der Monarchenhäuser.

Neue Geldforderungen der Wittelsbacher an den bayrischen Staat.

München, 18. April. (Eigener Drahtbericht). Durch eine sozialdemokratische Anfrage im Bayrischen Landtag, der am Mittwoch zu seiner Schlußtagung zusammengetreten ist, erfährt die Oeffentlichkeit von der überraschenden Tatsache, daß das ehemalige Königshaus Wittelsbach zurzeit neue finanzielle Ansprüche an den bayrischen Staat stellt. Es handelt sich um die Forderung nach Aufwertung jener 40 Millionen Barabfindung und jener 20 Millionen für Ueberlassung von Mobiliar an den Staat, die im März 1923 von den bürgerlichen Parteien des Landtags durch den berüchtigten Abfindungsvertrag neben Grundbesitz und Liegenschaften im großen Umfange den Wittelsbachern zugeschanzt worden sind.

Der Finanzminister mußte am Mittwoch zugeben, daß das Haus Wittelsbach tatsächlich das im Abfindungsvertrag vorgesehene Schiedsgericht zur Aufwertung der 60 Millionen Kapitalabfindung angerufen hat. Die Regierung sei von diesem Schritt vorher nicht unterrichtet worden und es hätten infolgedessen auch keine Verhandlungen zwischen Regierung und dem Haus Wittelsbach stattgefunden; sie sei deshalb auch nicht in der Lage, über die Höhe der Aufwertungsforderung Angaben machen zu können. Das Schiedsgericht habe sich bereits mit der Angelegenheit befaßt, eine Entscheidung aber noch nicht gefällt. Die bayrische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß weitere finanzielle Leistungen des Staates an das ehemalige Königshaus nicht in Frage kommen können.

Die russisch-französischen Schuldenverhandlungen künftig nur auf diplomatischem Wege

Paris, 18. April. Anläßlich des Notenaustausches zwischen Moskau und Paris über das Begehren der Bank von Frankreich, das russische Gold in Newyork zu beschlagnahmen, veröffentlichte das französische Außenamt ein Kommuniqué, wonach die französische Kommission der französisch-russischen Konferenz aufgelöst sei und die Schuldenverhandlungen künftighin auf diplomatischem Wege geführt werden.

Wie nunmehr bekannt wird, ist nicht nur die französische Kommission aufgelöst, sondern auch die ganze französische Abordnung, so daß die Konferenz überhaupt nie mehr zusammentreten wird. Sämtliche Verhandlungen zwischen Frankreich und den Sowjets über alle strittigen Fragen werden demzufolge auf den diplomatischen Weg verwiesen.

Schwere Niederlage Schieles.

Der Reichsrat ändert gegen seinen Willen seine Richtlinien.

Berlin, 17. April. (Eig. Bericht.) Die zuständigen Ausschüsse des Reichsrates und der 33. Reichstagsausschuß haben sich in den letzten Tagen mit der Ausführung des landwirtschaftlichen Hilfsprogramms beschäftigt. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Hergabe von landwirtschaftlichen Umschuldungskrediten, die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und die Absatzförderung von Schlachtvieh und Fleisch. Das Reich hat dafür wesentliche Mittel zur Verfügung gestellt. Zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sollen zum Beispiel 25 Millionen Mark dienen. Außerdem sind 30 Millionen Mark zur „Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft" vorgesehen.

Der deutschnationale Reichsernährungsminister Schiele hat bisher immer wieder versucht, nach eigenem Ermessen und ohne Kontrolle über diese Gelder zu verfügen. Er hätte so die Möglichkeit gehabt, die Staatsmittel wieder einmal dem Großgrundbesitz zuzuleiten, wodurch der gesamten Landwirtschaft aber nicht gedient ist. Der Reichstag beschloß deshalb auf Drängen der Linksparteien, daß die im Haushalt vorgesehenen Mittel nur auf Grund von Richtlinien verwendet werden dürfen, die die Zustimmung des Reichsrats und des 33. Reichstagsausschusses finden. Dem Reichsernährungsminister wurde aufgetragen, diese Richtlinien fertigzustellen.

Der Reichsrat beschäftigte sich nun am Mittwoch in einer Vollsitzung mit diesen Richtlinien, d. h. er wollte sich damit beschäftigen. In der Vollsitzung stellte sich nämlich heraus, daß z. B. die Richtlinien für die Umschuldungskredite dem Reichsrat erst in den letzten Tagen zugeleitet worden sind. Die Ausschüsse konnten deshalb mit der Beratung nicht fertig werden. Vermutlich wollte der Reichsernährungsminister durch seine Verschleppungstaktik die Arbeiten des Reichsrates und damit die parlamentarische Kontrolle über die Verwendung der Sanierungsmillionen in aller Form sabotieren.

Dafür spricht auch, daß die Richtlinien zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens dem Reichsrat bis jetzt überhaupt noch nicht zugegangen sind. Zeit dazu hat das Ernährungsministerium genug gehabt. Aber hier scheint der deutschnationale Reichsernährungsminister ein besonderes Plänchen durchführen zu wollen. Die geschäftlichen Organisationen des Reichslandbundes haben z. B. Gesamtverluste in Höhe von 6 Millionen Mark erlitten. Auch die dem Reichslandbund nahestehende Raiffeisenbank hat Verluste in Höhe von 30 Millionen Mark zu verzeichnen. Es besteht deshalb die Gefahr, daß die vom Reich zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens bewilligten 25 Millionen Mark dazu verwandt werden sollen, die Geschäftsorganisation des Reichslandbundes und die Raiffeisenbank zu entschulden und zu sanieren. Das ist alles andere als eine Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens; auch steht eine solche Verwendung der Gelder im Gegensatz zu den klaren Beschlüssen des Reichstages. Die Tatsache, daß Schiele bis jetzt die Richtlinien noch nicht dem Reichsrat zugeleitet hat, zeigt, daß der Reichsernährungsminister an dem gekennzeichneten Plan festhält.

Der Reichsrat konnte sich am Mittwoch nur mit den Richtlinien zur Absatzförderung von Schlachtvieh und Fleisch beschäftigen. **Es ergab sich, daß die Reichsratsausschüsse eine völlige Umarbeitung dieser vom Reichsernährungsminister vorgesehenen Richtlinien vornehmen mußten.** Die Richtlinien schließen eine Mitwirkung der Länder so gut wie ganz aus und wollen die Aufgabe der Absatzförderung nach Art der berüchtigten Kriegsgesellschaften einer Zentralstelle übertragen. Auch diese Anordnung läuft auf eine Sabotage der notwendigen Kontrolle hinaus. **Der Reichsrat sprach sich vielmehr für eine Ablehnung der Zentralstelle und für eine tatsächliche Mitwirkung der Länder aus.**

Der anwesende Reichsernährungsminister Schiele wehrte sich mit aller Kraft gegen diese Aenderung. Es kam zu einem offenen Konflikt, als der Vertreter Preußens vorschlug, von den zur Verfügung stehenden 30 Millionen Mark „zur Linderung besonderer landwirtschaftlicher Notstände" 5 Millionen abzuzweigen, um den durch Unwetterschäden usw. betroffenen Gebieten wirksame Hilfe zukommen zu lassen. Für die durch Unwetter geschädigten Landwirte scheint aber der Reichsernährungsminister nichts übrig zu haben. Er bekämpfte den Antrag Preußens und erklärte, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Antrag Preußens wurde jedoch mit 46 gegen 21 Stimmen angenommen.

In der Sitzung des 33. Reichstagsausschusses, die nachmittags stattfand, hielt Reichsernährungsminister Schiele an seinem ablehnenden Standpunkt fest. Damit gefährdet der deutschnationale Minister die ganze Aktion zur Sanierung des Vieh- und Fleischmarktes. Er will vor allem die staatlichen Gelder dem Großgrundbesitz zuleiten.

Der kleine Landwirt soll auf Hilfe warten.

So sieht die Bauernfreundlichkeit der Deutschnationalen aus. Hoffentlich werden sich die deutschen Landwirte am 20. Mai an Herrn Schiele und seine Politik erinnern.

Schiele kriecht zu Kreuz.

Berlin, 19. April. (Eigener Funkbericht).

Der Reichsernährungsminister hat sich am Mittwoch in einer Sitzung des Landwirtschafts-Kontrollausschusses des Reichstages trotz seiner anfänglichen Opposition bereit erklärt, den preußischen Antrag im Reichsrat zur Einsetzung eines Länderausschusses anzunehmen. Der Ausschuß soll die Durchführung des Notprogramms und insbesondere die Verteilung der Gelder kontrollieren.

Das Durcheinander bei den Deutschnationalen.

Der Streit um die Kandidaturen. — Das Wahlprogramm der Partei. — Neue Austritte aus der Konservativen Partei.

In der Deutschnationalen Volkspartei geht es drunter und drüber. Deutschkonservative und Deutschnationale streiten sich immer noch um die Kandidaturen. Der Vorsitzende der Deutschkonservativen, Graf Seidlitz, hat die Austrittserklärung des Grafen Westarp mit einem Schreiben beantwortet, das nur zu deutlich erkennen läßt, daß der Kernpunkt des Streits weniger die Politik als die Kandidaturen gewesen sind. Er versichert dem Grafen Westarp seiner Sympathie, er stellt die Wahlparole für den völkischen Block in Berlin als Tat eines Bruchteils hin und erklärt schließlich, daß der Vorstand der Deutschkonservativen Partei, der am 24. April tagen werde, umso eher eine freundliche Stellung zu den Deutschnationalen einnehmen könne, als in letzter Stunde für einige Bezirke den Kandidatenwünschen der Deutschkonservativen Rechnung getragen worden sei.

Ein Satz in diesem Schreiben zeigt mit aller Deutlichkeit, wie es bei den Deutschnationalen aussieht: „Die Freigabe der Abstimmung in der von mir veröffentlichten Bekanntgabe mußte erfolgen, um die leider weit verbreitete Wahlunzufriedenheit zu bekämpfen und möglichst alle Stimmen wenigstens einer der Rechtsparteien zuzuführen." — Die Wahlunzufriedenheit bei den Deutschnationalen — das läßt tief blicken!

Der Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei, der am Mittwoch abend veröffentlicht worden ist, bemüht sich krampfhaft, die Unzufriedenheit im deutschnationalen Lager zu besänftigen. Er gleitet darüber hinweg, daß die Deutschnationalen mitverantwortlich für die gesamte Regierungspolitik im letzten Jahre gewesen sind. Er gebraucht kräftige Töne gegen die Illusionen von Locarno, Genf und Thoiry, sowie gegen die Handelspolitik der Regierung des Bürgerblocks. Er verschweigt nur, daß die Deutschnationalen für diese Politik mitverantwortlich gewesen sind! Auf der einen Seite wehrt er sich gegen den Vorwurf, daß die deutschnationale Politik neuen Kriegen zusteuere, auf der anderen Seite wendet er sich gegen die Politik der Verständigung. Wirtschaftspolitisch verf[illegible] phantastische Ziel der völligen wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands vom Ausland, der deutschen Wirtschaftsautarkie. Im übrigen ist er völlig auf eine vorwiegend agrarische Politik zugeschnitten. Verfassungspolitisch, erklärt er, daß die Deutschnationalen von der Größe des Kaisergedankens nicht lassen werden, aber — „unter jeder Staatsform dienen wir der Nation."

Die innere Halbheit und Verlogenheit der deutschnationalen Politik kommt in diesem Aufruf trefflich zur Geltung. Es erübrigt sich noch hinzuzufügen, daß die Deutschnationalen einen eigenen preußischen Wahlaufruf erlassen haben, mit der Parole: „Gegen das einseitige Parteiregiment der Sozialdemokratie in Preußen, für Schwarzweißrot". Eine feine Parole für die Partei des Herrn von Keudell! Es versteht sich, daß sämtliche Heiklagen der Landbundagitation sowohl in dem Reichsaufruf wie in dem preußischen Aufruf der Deutschnationalen wieder auftauchen.

Die Wahlunzufriedenheit bei den Deutschnationalen werden diese Aufrufe ebensowenig beseitigen können wie das letzte Parteimanöver des Herrn von Keudell.

* * *

Der deutschnationale Abgeordnete Stubbendorf ist nach dem Grafen Westarp und dem Führer des Bismarck-Bundes, Sieveking, jetzt ebenfalls aus der Deutsch-Konservativen Partei ausgetreten.

Ein begrüßenswerter Erlaß.

Der preußische Innenminister an die Polizei.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Preußische Minister des Innern hat über das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sowie über die Disziplin und Höflichkeit in der Polizei an alle staatlichen Polizeibehörden einen Runderlaß gerichtet, der in weitesten Kreisen der Bevölkerung Anspruch auf Beachtung erheben darf. Der Erlaß geht von der auf Grund zahlreicher Einzelfälle, Anfragen und Beschwerden festgestellten Beobachtung aus, daß über das Verhältnis der Beamten der Polizei zueinander, insbesondere von Untergebenen zu Vorgesetzten und umgekehrt, vielfach noch nicht die nötige Klarheit besteht. Trotzdem bedarf es, so führt der Erlaß wörtlich fort, in dieser Hinsicht keiner besonderen Vorschriften; für die Beamten der staatlichen Polizei gelten dieselben allgemeinen Rechte und Pflichten wie für alle anderen Beamten: Treue zum Staate, Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten, verständnisvolle Behandlung Untergebener und kameradschaftliches Verhalten unter Gleichgestellten.

Gleichwohl stellt gerade die Eingliederung der Polizei in den demokratischen Staat erhöhte Anforderungen an jeden einzelnen ihrer Beamten, an Vorgesetzte wie an Untergebene. Die Polizei muß eine festgeschlossene, bestens disziplinierte und in jeder Beziehung voll verwendungsfähige Einrichtung sein, zugleich aber muß fühlbar werden, daß dieser Zusammenhalt nicht aus starrem Zwang, sondern aus dem einheitlichen Willen aller ihrer Teile, aus gewollter Ein- und Unterordnung erwächst. Ebensowenig wie die mannigfachen Sonderpflichten jedes einzelnen Beamten der zahlreichen Staatsverwaltungen erschöpfend festgelegt sind, können alle Einzelheiten für die Polizei angeordnet werden.

Bei einer verantwortungsbewußten und verantwortungsfreudigen Polizeibeamtenschaft wird das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen ohne weiteres die gebotenen Formen gegenseitiger Achtung, Höflichkeit und menschlicher Rücksichtnahme annehmen, die notwendig sind, um jede Verletzung des Ehrgefühls eines Beamten auszuschließen. Das Recht der Vorgesetzten wie der Untergebenen auf die Anrede „Herr" im dienstlichen wie außerdienstlichen Verkehr ist selbstverständlich und in einer Weise zu handhaben, die jede Erörterung ausschließt. Es muß eben stets ein Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen herrschen, das auf dem Bewußtsein gegenseitiger enger Verbundenheit und aufrichtiger Achtung beruht; dann kann auch das Gefühl absichtlicher Verletzung durch den anderen nicht aufkommen. Bei solchen Beziehungen der Beamten zueinander bedarf es auch keiner gesteigerten Formen der Unterordnung wie einer Anrede des Vorgesetzten in der dritten Person oder des „Achtung"-Rufens beim Eintritt von Vorgesetzten in Wohn- oder Gesellschaftsräume von Beamten.

Regierungserklärung in Danzig.

Danzig, 19. April. (Eigener Funkbericht).

Anläßlich der Beratung des Staatshaushaltsplans gab der Danziger Senat am Mittwoch dem Volkstaat eine Regierungserklärung ab, die ein umfassendes Bild der politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Freistaats vermittelte. Präsident Sahm betonte zunächst den Willen des Senats auf Fortführung der Verständigungspolitik gegenüber Polen. Als erfreulich stellte er dabei fest, daß sich die nächste Sitzung des Völkerbundsrates wahrscheinlich mit keinem Streitfalle zu beschäftigen brauche. Es müsse jedoch von der polnischen Regierung in einer Anzahl Fragen größeres Entgegenkommen erwartet werden. Für den Abschluß des für Danzig außerordentlich bedeutungsvollen deutsch-polnischen Handelsvertrages erwarte es die Berücksichtigung seiner Interessen. Die Beschwerde über die unzulängliche Regelung der Sprachenfrage und die Beschäftigung Danziger bei der polnisch verwalteten Eisenbahn des Freistaats sollen demnächst geklärt werden.

Die Wirtschaftslage des Freistaats biete zu besonderem Pessimismus keine Veranlassung. Die Zahl der Erwerbslosen, die am 1. April auf über 18 000 gestiegen war, beträgt jetzt 10 000.

Irigoyen zum Präsidenten gewählt.

Paris, 19. April. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, steht jetzt fest, daß Irigoyen zum Präsidenten der argentinischen Republik gewählt worden ist, obwohl das Ergebnis der Präsidentenwahl noch nicht in vollem Umfange vorliegt.

Der neue Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Sozialisten.

London, 18. April. (Eigener Funkbericht.)

Die amerikanischen Sozialisten haben am Dienstag beschlossen, Norman Thomas zum Kandidaten für die Präsidentenwahl aufzustellen. Thomas war zuerst Pastor, dann Richter. Er gehört heute noch den entschiedensten Kriegsgegnern an.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyrigth 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

114

(Nachdruck verboten.)

Bei der Newyorker Premiere gab es die gleichen Szenen wie in Angel City. Die Menge war ebenso groß, die Begeisterung ebenso stürmisch. Und am nächsten Morgen saßen Vi und Bunny in seidenen Pyjamas im Bett, während schwarz angezogene Sklaven auf silbernen Servierbrettern das Frühstück brachten, und lasen den Bericht ihres Triumphes, wer zugegen gewesen und wie die Zuschauer gekleidet waren. Dann aber blätterte Bunny in der Zeitung weiter und las ein Telegramm aus Angel City: zehntausend Petroleumarbeiter waren in den Ausstand getreten, und die Industrie war lahmgelegt. Die Unternehmer teilten mit, daß sie nicht länger die Autorität des Schlichtungsausschusses anerkennten, und setzten eine neue Lohnskala fest. Die Arbeiter könnten sie annehmen oder nicht, wie es ihnen beliebte. Die Zeitung schrieb, man befürchte Unruhen, denn es sei bekannt, daß sich in der letzten Zeit radikale Agitatoren unter den Arbeitern herumgetrieben hätten.

VI.

Bunny hatte Ferien und mußte sie genießen, andernfalls hätte er seinen beiden Reisegefährten alle Freude verdorben. Er mußte ein vergnügtes Gesicht machen, Vi und den Vater ins Theater begleiten, sich nach der Vorstellung in einer Kaviarstube herumtreiben[illegible], mit Vi zu einem Souper der Filmleute gehen, dort über Filme und deren Ertrag plaudern, zusehen, wie die Filmgrößen sich betranken, und wissen, daß im Augenblick, da er und [illegible] eine [illegible] Unterhaltung über die Prohibition und die Alkoholschieber einsetzen würde.

Nachts ging das Paar regelmäßig in den Tanzsaal. Sie waren so aufeinander eingespielt, daß Vi meinte, wenn der Vater bankrott würde und sie zu dick, um im Film aufzutreten, so könnten sie noch immer als Akrobaten Geld verdienen. Es folgte das zweite Frühstück, dann gingen sie in ein Matinée oder empfingen Besuche, aber Reporter und Interviewer. Vi machte Besorgungen und bestand darauf, daß ihr geliebter Bunny mitkomme, er habe einen so guten Geschmack, und sie kleide sich ja doch nur für ihn. Bunny lernte andere reiche junge Männer kennen, die sich in der gleichen Lage befanden, und erfuhr, bewusste Worte bedeuteten, daß die Rechnung [illegible] werden.

Doch war Vi keine „Goldgräberin", lud sie jemanden ein, so zahlte sie auch.

Sie wollte wirklich nur ihren Bunny, betete ihn an, wünschte, unentwegt mit ihm beisammen zu sein, ihn der ganzen Welt einschließlich der Presse zu zeigen. Bunny kannte Vi nun gut genug, um sowohl die Nachteile als auch die Vorteile dieses Verhältnisses zu begreifen. Ihre Sinnlichkeit störte ihn nicht. Er war jung, und ihre Leidenschaft entsprach der seinen. Die Künste, die er von Eunice Hoyt gelernt, wurden mit jenen kombiniert, die Vi von vielen Geliebten beigebracht worden waren. Oft schwindelte den beiden vor Lust. Der Trieb, der sie zueinander zog, war unüberwindlich.

Intellektuell hingegen paßten sie nicht zusammen. Vi lauschte zwar allem, worüber Bunny reden wollte, doch bewies ihr plötzliches Abspringen vom Thema, wie wenig sie sich für ernste Dinge interessierte. Ihr Leben war Geschwindigkeit, Aufregung und Prunk. Wenn sie die Filmwelt auch verhöhnte, sie gehörte doch zu ihr, Beifall und Aufmerksamkeit waren für sie der Atem des Lebens. Sie befand sich stets auf der Bühne, spielte immer eine Rolle, war ruhelos, frisch, jung, schön, heiter. Nachdenklichkeit dagegen erschien ihr verdächtig: „Was fehlt dir, mein Kaninchen? Ich glaube, du denkst an den ungeheuren Streik!"

Ruhig zu sitzen, ein Buch zu lesen, war für diesen Liebling des Publikums etwas völlig Fremdes. Eine Zeitung, ja, oder ein Magazin, die lagen herum, Männer blätterten in ihnen, waren aber stets bereit, sie fortzulegen, um zu plaudern oder ein neues Kleid anzusehen. Aber sich ins Lesen vertiefen, nicht unterbrochen werden wollen — das war wirklich nicht ganz höflich. Und daß ein Mensch einen ganzen Nachmittag oder Abend mit der Lektüre eines Buches verbringen konnte — so etwas hatte Vi überhaupt nicht gewußt. Sie sprach ihre Gedanken nicht aus, doch meinte Bunny, daß sie Bücher einer anderen deshalb verachtete, weil sie billig waren. Ein jeder kann sich mit einem Buche in eine Ecke legen, aber nur wenige erhalten von der Theaterdirektion eine Loge, wo sie ebenso wichtig und interessant sind, wie die Vorstellung selbst.

Einer der jungen Männer, die an Dan Irvings Arbeiterhochschule unterrichtet hatten, befand sich in Newyork. Bunny suchte ihn auf, und sie unterhielten sich über die Arbeiterbewegung. Bunny hätte den jungen Mann gerne häufiger gesehen und wäre gerne zu Versammlungen gegangen, der in dieser großen Stadt, dem Zentrum des ganzen Lebens, eine [illegible] der radikalen Bewegung, besonders interessant waren. Aber Vi kam dahinter [illegible] — ganz als ob es sich um Opium und Absynth gehandelt hätte. Sie traf für ihn Verabredungen, beschlagnahmte seine ganze Zeit und fragte ihn besorgt aus. „Wo weilt mein armer Junge heute nacht?" wie es im Liede heißt. Bunny wußte selbstverständlich, daß das alles nur für sein Seelenheil geschah, zweifellos auch dem Vater zuliebe, dennoch reizte und langweilte es ihn.

In der Stadt wohnte noch eine Bekannte Bunnys, gegen die Vi nichts einzuwenden hatte: seine Mutter. Sie hatte vor einiger Zeit wieder geheiratet, einen reichen Mann, und besaß ein wunderschönes Heim. Bunny besuchte sie und mußte sich bei ihrem Anblick alle Mühe geben, seine Bestürzung zu verbergen. Das also geschieht einer Frau, die sich im Essen nicht zu mäßigen versteht! Mama war rund wie eine Butterkugel und so weich, daß sie an einem heißen Tage, wie dem heutigen, fast schmolz. „Blond, fett und vierzig", heißt ein alter Ausspruch, zu dem die Aerzte hinzufügen „und eine kranke Leber". Aber weder Bunny noch Mama wußten das. Sie hatte sich ihm zu Ehren wie eine Königin gekleidet, und besaß einen Pudel, der zu ihrer Gestalt paßte. Ihr Gatte war Juwelenhändler und hielt anscheinend seine Frau für einen Tresor. Mama bestand darauf, Bunny einen Diamantring zu schenken, und als er ihr vom Streik erzählte, gab sie ihm einen zweiten Ring, den er verkaufen und das Geld der Unterstützungskasse der Streiker zukommen lassen sollte. „Petroleummänner sind grausam," sagte Mama. „Ich weiß es!"

VII.

Der Vater kümmerte sich um die Angelegenheit, die ihn nach dem Osten geführt hatte. Er redete wenig darüber, das war ungewöhnlich und erweckte in Bunny Verdacht. Schließlich gelang es ihm, aus dem Vater Einzelheiten herauszulocken: es handelte sich um die Marine-Reserve-Verträge, die die Gesellschaft abzuschließen hoffte. Präsident Harding hatte sein Amt angetreten, Barney-Brosknay war zum Obersten Anwalt ernannt worden und hatte seinerseits dem von Roscoe vorgeschobenen Mann das Ministerium des Innern zugeschanzt. Dieser Mann war Senator Crisby, eine alte Parteimähre, die Roscoe und O'Reilly bereits gedient hatte, als sie damit beschäftigt gewesen waren, eine mexikanische Regierung zu stürzen. Damals hatten sie den Mexikanern mit der amerikanischen Intervention gedroht, und Crosby, zu jener Zeit Senator von Texas, hatte nach Krieg geschrien und ihn auch fast durchgesetzt. „Er kann nicht von den Weibern lassen," erklärte der Vater, „verliert auf diese Art jedes Amt und ist daher stets bereit, ein neues anzutreten."

(Fortsetzung folgt.)

Der neue Fememordprozeß.

Systematische Versuche der Angeklagten und ihres Anhanges die Wahrheit zu vertuschen.

Stettin, 18. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Rosenfelder Mordprozeß, für den insgesamt 5 Tage vorgesehen waren, wird voraussichtlich 14 Tage in Anspruch nehmen. Die Verschleppungsmanöver der Verteidigung nehmen zu, je enger sich die Beweiskette um die Mörder schließt. Immer neue Momente werden während der Zeugenvernehmung in die Verhandlung geworfen.

Im weiteren Verlauf der Dienstag-Abendsitzung stellte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Hirschberg, zunächst fest, daß Rechtsanwalt Graf v. d. Goltz in seinen Verdächtigungen des Vertreters des Polizeipräsidenten die Grenzen des Zulässigen überschritten habe. Wieder läuft Graf v. d. Goltz Sturm gegen diesen Beschluß und stellt den Beweisantrag, daß Oberregierungsrat Cornehl in einer Pressemeldung in tendenziöser Weise Stimmung gegen die Angeklagten und die Aeußerung gemacht haben soll; er sei persönlich ein Gegner der Todesstrafe, in diesem Falle jedoch sei die Todesstrafe viel zu milde. Das Gericht lehnte den Beweisantrag ab. Darauf nimmt der Zeuge, Polizeihauptwachtmeister Eppstein, Rücksprache mit seinem Vorgesetzten. Nach der Pause erklärte der Stellvertreter des Polizeipräsidenten, daß er dem Zeugen die uneingeschränkte Aussagegenehmigung erteilt habe. Eppstein bestätigt im wesentlichen die Behauptungen der Verteidiger, widerspricht jedoch, daß er sich bei der Verhaftung Fräbels als Offizier der Abteilung Roßbach ausgegeben habe. Auf die Frage eines Verteidigers sagte der Zeuge aus, daß bei einem in eine andere Fememordsache verwickelten Roßbacher die Papiere des Angeklagten Fräbel gefunden worden seien. Fräbel sagt dazu, daß er auf die Bitte eines Kameraden diesem seine Papiere im Jahre 1923 ausgehändigt habe.

Der nächste Zeuge, Landgerichtsrat Niejahr, hat die Voruntersuchung geführt und soll insbesondere darüber aussagen, wie die Geständnisse Fräbels und Bärs in der Voruntersuchung, die in der Hauptverhandlung widerriefen, zustandegekommen sind. **Der Zeuge antwortet, Fräbel habe seine Aussagen in zusammenhängender Rede gemacht. Nur ab und zu habe der Zeuge Zwischenfragen gestellt.** Daraufhin wird auf Gerichtsbeschluß das damalige Protokoll von Fräbels Geständnis verlesen. Es enthält die Schilderung der Tat in allen ihren scheußlichen Einzelheiten. Die Redewendungen des Angeklagten Fräbel sind ganz bestimmt behauptend. Als ob er die feige Ausrede seines schneidigen Leutnants vorausahnte, gab er vor dem Untersuchungsrichter an, **daß eine Notwehr Leutnant Heines nicht in Frage käme.**

Am Mittwoch wurde in der Vernehmung des Zeugen Niejahr fortgefahren. **Fräbel**, so sagte er aus, **habe sich bei der Vernehmung ausdrücklich als strafbar bekannt.** Fräbel, daraufhin befragt, antwortet: Ich habe bei der Vernehmung gesagt, daß ich mich strafbar gemacht habe. Zurzeit der Tat hielt ich mich jedoch nicht strafbar. Wir waren alle Soldaten, Nachtwächter, Landarbeiter, Feldhüter, das waren nur Deckmäntel. Wir fühlten uns damals nur verantwortlich vor einem Kriegsgericht, nicht aber vor einem bürgerlichen Gericht, sonst hätten wir uns nach dem Geschehenen sicher miteinander beraten, um die Gefahr der Bestrafung abzuwehren. Niejahr bekundet weiter, daß es ihm bei dem Geständnis Fräbels, das die grausame Tat in allen Einzelheiten schilderte, eiskalt über den Rücken gelaufen sei. Gespannte Aufmerksamkeit herrscht, als dann die Einzelheiten des damaligen Fräbelschen Geständnisses Wort für Wort wie Keulenschläge in die Stille des Saales fallen. Fräbel erklärt, er habe das Geständnis gemacht, als ihm der Untersuchungsrichter zunächst Mitwisserschaft vorwarf, die ja verjährt sei.

In der Nachmittagssitzung wird der Zeuge Student Fritz Lewin, ehemaliger Roßbachoffizier, vernommen. Er hat sich nach dem Kriege berufslos bei Roßbach gemeldet und hielt sich unter falschem Namen als Kreisleiter der Roßbacher in Greifenhagen auf. Er sagte aus, er habe den Erschossenen seinerzeit ausgegraben und umgebettet. Seine frühere Aussage, daß er den Auftrag dazu von Roßbach erhalten habe, will der Zeuge nicht aufrecht erhalten. Auch die übrigen seiner früheren Aussagen, die Heines und Ottow schwer belasteten, hält er nicht aufrecht. Dann schildert der Zeuge die Umbettung der Leiche im mitternächtlichen Walde im Februar 1921. Die Leiche habe weder Schuhe noch Gamaschen angehabt.

Der Landbund und die Not der Landwirtschaft.

Uns wird geschrieben:

In der Ausgabe der „Schlesischen Zeitung" vom 15. April ist ein vom Landbund eingesandter Artikel, der die Notwendigkeit des Kaufstreiks der Landwirtschaft beweisen soll. Der Landbund behauptet, daß die Durchführung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes gegen jede Zucht und Ordnung im Staate verstoße, und prophezeit, daß diese Aktion der Nächstenliebe und des Gerechtigkeitsgefühls von selber zusammenbrechen werde.

Es muß mit der Moral dieser Volksgenossen wahrlich schlimm genug bestellt sein, wenn sie sich nicht scheuen, gegen diese einfachsten Gebote der Menschlichkeit dauernd Sturm zu laufen. Den ausrangierten Reitpferden, Jagdhunden und sonstigem Viehzeug geben diese Herren als „Tierfreunde" das Gnadenbrot. Die lieben Mitmenschen aber, die nicht in der Lage sind, aus den Vorratskammern des Speichers, des Stalles und des Kellers nach Bedarf zu holen, können nach ihrer menschenfreundlichen Ansicht bei eintretender Arbeitslosigkeit nach dem Stricke greifen, um nicht mit ansehen zu müssen, wie ihre Kinder schon frühzeitig durch Unterernährung den Todeskeim eingepflanzt bekommen und schon zu einer Zeit als siech und krank aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, zu dem sonst erst die volle Leistungsfähigkeit einzusetzen pflegt.

Ihr Herren von der vollbesetzten Tafel, werft einmal einen Blick in die Volksschulklassen der Großstadt und prüft einmal die Listen der Fürsorgebezirke, vergleicht dann noch das aus den hohlen Wangen und den matten Augen der Kinder blickende Elend mit dem satten Ueberfluß eurer Kinder, und bringt dann noch den traurigen Mut auf, zu behaupten, die Erwerbslosenfürsorge verstoße gegen jede Zucht und Ordnung. Gerade das Gegenteil ist richtig: Hunger und Elend ertöten beim Menschen jedes Gefühl für die Moral, Zucht und Reinlichkeit. —

In der Landarbeiterfrage glaubt der Landbund und seine Mitglieder, durch diktatorische Mittel zum Ziele zu kommen, und hofft dadurch der alten Abhängigkeit und Leibeigenschaft der Arbeiter- und Bauernfamilien wieder näher zu kommen. Leider vergessen die Herren Gutsbesitzer immer noch, daß die Zeit der Reitpeitsche endgültig vorbei ist.

Wie sieht es denn in Wirklichkeit mit den Arbeiterverhältnissen in der Landwirtschaft aus, und warum gibt es eine sogenannte Landflucht? Ich bin in Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Oberbayern und in Schlesien in der Landwirtschaft tätig gewesen, und kann auf Grund des Erlebten und Gesehenen behaupten, daß **die Wohn- und Lohnverhältnisse der Landarbeiter das traurigste Kapitel in der deutschen Volkswirtschaft bilden.** Ganz abgesehen von der manchmal geradezu menschenunwürdigen Behandlung des einzelnen. Ehe die Wohnungsfrage der Landarbeiter nicht gelöst wird, werden alle Zwangsmaßnahmen die Lösung der Landarbeiterfrage nicht bringen. Ueberall, wo sich geordnete Wohnungsverhältnisse befindet, ist auch kein Mangel an Landarbeitern fühlbar. **Schafft erst die Vorbedingungen zur Seßhaftmachung der Landarbeiter durch Bereitstellung von geräumigen, sauberen Wohnungen und Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf oder Verbesserung des Lohnes.** Der Landarbeitermangel wäre dann ohne Zwang behoben, denn keinem vernünftig denkenden Arbeiter oder Bauernsohn würde es einfallen, 17 bis 20 Kilometer täglich zur Arbeitsstätte in die nächste Stadt zu fahren oder sonst einem ungewissen Schicksal in der Industrie entgegenzugehen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wäre, sich und seiner Familie auf dem Lande eine geordnete Existenz zu schaffen. Es braucht nicht unbedingt eine Erhöhung des Barlohnes einzutreten, viel besser wäre in vielen Fällen die Ueberlassung von Deputatacker und Deputatvieh zum eigenen Gebrauch. —

Die Behauptung des Landbundes, daß kleinere Geschäftsleute die Frau als Inhaber des Geschäftes angeben und für sich ohne weiteres Erwerbslosenunterstützung empfangen, ist so widersinnig, daß man nicht näher darauf einzugehen braucht. Hinzufügen möchte ich nur, daß die Lage der kleineren Geschäfte und Gewerbebetriebe in der Stadt eine viel verzweifeltere ist, als die der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe; denn den Geschäftsleuten kam die Schuldentilgung der Inflation nicht in dem Maße zugute, als wie dem Grundbesitz.

Von diesem Standpunkt aus ist die augenblickliche starke Verschuldung eines Teils der Landwirtschaft schwer verständlich. Ich behaupte sogar, daß schlechtes Wirtschaften und die Unfähigkeit des Besitzers, aus seinem Grund und Boden und aus seinem Viehbestande das herauszuholen, was er geben könnte, mit die Hauptursache an dem behaupteten Niedergang der Landwirtschaft ist. Eine gewissenhafte Kontrolle der bei der Feststellung der Verschuldung herangezogenen Wirtschaftsbetriebe kurz vor der Ernte würde interessante Aufschlüsse über die tatsächlichen Ursachen der Verschuldung geben.

Wenn nun der Landbund voraussagt, daß wegen der Verschuldung der Landwirtschaft die Kunstdüngeranwendung im Herbst in Frage gestellt wird, so ist das eine offensichtliche Stimmungsmache, und zeugt davon, daß der Landbund keine wirtschaftlich verantwortliche, sondern immer noch eine politische Organisation ist, die in jeder Hinsicht der wirtschaftlichen Inanspruchnahme den Bankerott anmelden mußte, was ja durch den finanziellen Zusammenbruch verschiedener Zweigstellen des Landbundes in der letzten Zeit bewiesen wurde. Hätten seine Führer nur einen Funken volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl, so würden sie ihre gutgläubigen Anhänger nicht in solch gewagte Situationen, wie es z. B. der angekündigte Kaufstreik ist, hineinbugsieren. **Der Käuferstreik** würde nicht nur eine Absatzstockung in der Industrie bewirken, was wohl der Zweck der Uebung sein soll, um auf diese Weise die Entlassung der abgewanderten Landarbeiter zu erzwingen, sondern **würde seinem Urheber durch Ernteausfall den größten Schaden zufügen.**

M. R.

Merkwürdige Stresemänner.

Wer sind die Geldgeber der Altsozialisten?

Von * * *

Das in Sachsen von der Sozialdemokratie nach rechts abgesplitterte Grüppchen der sogenannten „Alten Sozialdemokratischen Partei" (ASP.), versucht in Berlin und anderswo durch große öffentliche Versammlungen Fuß zu fassen. In Berlin allein haben bisher fünf ASP.-Versammlungen stattgefunden. Diese Versuche, in Berlin Boden zu gewinnen, sind gescheitert. Den Berliner Arbeitern genügte bereits der äußere Eindruck dieser Versammlungen, in denen Hitlerjungens und Werwölfe den Saalschutz ausübten.

So weit — so gut!

Aber eine Frage taucht immer wieder auf:

Wer bezahlt den Riesenaufwand der „Aspedisten"-Agitation?

Jawohl Riesenaufwand! Riesenplakate bei jeder Versammlung, große Säle ohne Eintrittsgeld, Gratisverteilung von Drucksachen, Postzustellung von Eintrittskarten, dazu die Unkosten einer besonderen Berliner Geschäftsstelle ... Alles in allem allein in Berlin mehrere tausend Mark.

Nun ist es völlig ausgeschlossen, daß die winzige Berliner „Ortsgruppe" der ASP. diese Riesenunkosten trägt. Auch aus den regulären Beiträgen der sächsischen Mitglieder können solche Summen nicht für Berlin abgezweigt werden.

In der ersten Versammlung gab der „Altsozialist" Mossakowski auf die Frage nach den Geldgebern der ASP. die klassische Antwort:

„Eine Persönlichkeit, die nicht genannt sein will." Allgemeines Gelächter war die Antwort; der „große Unbekannte" hat noch keinem Angeschuldigten geholfen.

Am 30. März stellte der „Vorwärts" öffentlich die Frage nach den Geldgebern der ASP. und deutete gewisse Zusammenhänge zwischen den „Altsozialisten" und dem Schriftsteller Karl Erdmann an, der bekanntlich schon mehrfach ähnliche politische Geschäfte aufgezogen hat, wobei Erdmann Beauftragter schwerindustrieller Kreise war.

Bezeichnenderweise gaben die beiden Redner in der nächsten ASP.-Versammlung, Riekisch und Winnig, auf die Frage des „Vorwärts" keine Antwort. Einige unserer Genossen, die durch Zurufe eine Antwort auf die Frage nach den Geldgebern erhalten wollten, wurden aus dem Saal gewiesen. Hierbei stellten die Genossen fest, daß an diesem Abend das Hausrecht bei der „Aspedisten"-Versammlung im Herrenhaus der bisherige nationalsozialistische Landtags-Abgeordnete Kaiser-Anklam hatte!

So nahe berühren sich schon ASP. und Hitler!

In einer späteren Versammlung der ASP. glückte es endlich unseren Genossen, den „Altsozialisten" Mossakowski zu dem Zugeständnis zu bringen, daß tatsächlich der Schriftsteller Karl Erdmann Geld für die ASP. gegeben habe.

Für uns ist dies Zugeständnis des Herrn Mossakowski recht wertvoll, denn das Dresdner Zentralorgan der Altsozialisten, „Der Volksstaat", schreibt jüngst: „Das Geld stammt auch nicht von Karl Erdmann." Diese Kühnheit ist um so erstaunlicher, als übrigens

Karl Erdmann selbst laut und vernehmlich vor Zeugen erklärt hat, daß er die Kosten der altsozialistischen Versammlung in „Haverlands Festsälen" bezahlt habe!

Und nun eine Frage, die politisch von großem Reiz ist: „Woher stammen die Gelder Karl Erdmanns?" Die gleiche Frage ist bereits vor einigen Jahren einmal beantwortet worden und zwar von Herrn Ernst von Borsig, der sich mit bemerkenswertem Freimut in der „Vossischen Zeitung" dazu bekannt hat, daß die „Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände", deren Vorsitzender bekanntlich Borsig ist, dem „Firn-Verlag" (sprich Erdmann) Geld gegeben habe. Borsig schrieb damals u. a.:

„Im Frühjahr 1925 entschloß sich die „Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände", eine Schriftenreihe des „Firn-Verlages" durch finanzielle Mittel zu ermöglichen und durch Ankauf einer größeren Anzahl der herausgegebenen einzelnen Schriften für deren weitere Verbreitung behilflich zu sein."

Bekanntlich lief das Geld damals von Borsig über Erdmann, dem Begründer des „Firn-Verlages" zu Kielisch, dem verantwortlichen Schriftleiter des „Firn". Vielleicht ist Herr von Borsig so liebenswürdig, auch diesmal wieder durch eine freimütige Erklärung zu der Frage Stellung zu nehmen, ob er oder die „Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände" über Erdmann Gelder an die ASP. gelangen ließ?!

Man spricht noch von einer anderen Geldquelle der Altsozialisten, deren öffentliche Mitteilung allgemeines Aufsehen erregen dürfte.

Das Auswärtige Amt speist das altsozialdemokratische Zentralorgan „Der Volksstaat". Diese unerhörte Tatsache, die dem Haushaltsausschuß des Reichstags bisher verheimlicht wurde, bedeutet eine neue Verletzung des Haushaltsrechts. Also nicht nur im Reiche Geßlers herrschte schwarze Etatswirtschaft, sondern auch im Amte des Herrn Stresemann wandern Gelder auf eigenen Wegen.

Die ASP. ist gewiß eine hoffnungslose „Minderheit" — aber sie ist doch keine bedrängte Minderheit im Ausland, Herr Stresemann ...

Noch eins, Herr Stresemann! Dementieren Sie nicht!

Die vier sächsischen Landtagsmandate der ASP. ermöglichen es der Deutschen Volkspartei, sich in Sachsen an der Regierung zu erhalten und die Sozialdemokratische Partei auszuschalten. Demnach hat sich der Mißbrauch amtlicher Gelder für parteipolitische Zwecke wohl für die Deutsche Volkspartei gelohnt. Herr Stresemann beklagte sich überdies kürzlich so bitter darüber, daß die Industrie Mandate kaufen wolle. Bei solchem Standpunkt ist es doch wohl auch nicht richtig, Zeitungen bestimmter Parteien zu unterstützen.

Die ASP. ist gewissermaßen ein Blinddarm der Deutschen Volkspartei. Das haben sich die ehemaligen sozialdemokratischen Wähler und Mitglieder der ASP. gewiß nicht träumen lassen.

Die ASP. bezeichnet sich in ihren Kundgebungen als „die einzige Partei des Staates schlechthin." Das Programm spricht von „vorbehaltloser Staatsbejahung". Die „Partei des Staates" müßte sich etwas deutlicher als eine

„Partei der Staatskasse"

bezeichnen.

Die ASP., deren Aufgabe es ist, die Sozialdemokratie in Sachsen von der Regierungsbeteiligung abzudrängen und in ganz Deutschland durch Absplitterung zu schädigen, ist zu einem vorgeschobenen Posten der Industrie geworden, der bei Bekämpfung der gehaßten Sozialdemokratie jedes Mittel recht ist. Der frühere Syndikus der sächsischen Industriellen, Außenminister Stresemann im Bunde mit Herrn Erdmann, dem Verwalter schwerindustrieller Gelder — eine Feststellung, der wir nichts mehr hinzuzusetzen haben.

Gegen das faschistische Blutregime.

Budapest, 18. April. (Eigener Drahtbericht). In der Mittwochsitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses kam es während des Besuches der italienischen Parlamentarier, die auf der Galerie des Sitzungssaales waren, zu stürmischen Krawallen. Die Mitglieder der Regierungspartei brachten den Faschisten stürmische Ovationen dar. Als sie „Eljen Mussolini!" riefen, begannen die Sozialdemokraten mit energischen Gegendemonstrationen. Sie schrien: „Nieder mit den Mördern Matteottis! Nieder mit dem Diktator!" Ministerpräsident Graf Bethlen klatschte den Italienern trotzdem demonstrativ zu. Die Sozialdemokraten antworteten darauf mit Pfui-Rufen, während die Abgeordneten der Regierungspartei sich bemühten, die Entrüstungsrufe der Sozialdemokraten mit Rufen „Hoch Mussolini!" zu übertönen. Der Präsident vermochte kaum Ruhe zu schaffen; er erteilte den Anhängern der Opposition ununterbrochen Ordnungsrufe. Erst nach einer halben Stunde konnte sich ein Redner der Regierungspartei verständlich machen und die faschistischen Abgeordneten begrüßen.

Als ein monarchistischer Abgeordneter den Sozialdemokraten den Vorwurf machte, daß sie durch ihre Kundgebungen die Gastfreundschaft verletzten, meldete sich der sozialdemokratische Abgeordnete Malasits zum Wort und erklärte, **die italienischen Faschisten seien keine Gäste des ungarischen Volkes,** sondern der ungarischen Regierungspartei. Das ungarische Volk fühle sich eng verbunden mit dem Italien Mazzinis und Garibaldis und es sehne den Augenblick herbei, wo Italiens Volk wieder zur Politik dieser großen Freiheitshelden zurückgehen könne. Die Faschisten, die nach Ungarn gekommen wären, seien in den Augen des ungarischen Volkes die Mitschuldigen an der Ermordung Matteottis und an den unzähligen Opfern des Faschismus.

Weitere japanische Kriegsschiffe nach China.

London, 18. April. Nach Meldungen aus Tokio hat das japanische Marineministerium beschlossen, dem Kabinett heute die Entsendung von weiteren zwei Kreuzern und vier Zerstörern nach Tsingtau zu empfehlen. Nach weiteren Meldungen wird in Tokio bereits von einer ernsten Kriegsgefahr wegen der chinesisch-japanischen Zuspitzung in der Mandschurei gesprochen.

Die ganze südmandschurische Bahn in japanischen Händen.

Peking, 18. April. Die japanische Gendarmerie hat die Linie Mukden—Antun besetzt, so daß sich nunmehr die ganze südmandschurische Eisenbahn in den Händen der Japaner befindet. Aus Schimonoseki sind weitere japanische Truppentransporte nach Dairen abgegangen.

Tokio, 18. April. Das japanische Außenministerium hat eine Bekanntmachung über die Lage in der Mandschurei veröffentlicht, in der es heißt, daß die japanische Regierung bereits seit zwei Monaten bestrebt sei, eine Einigung mit der chinesischen Zentralregierung über die Südmandschurei zu erzielen. Die japanische Regierung sei gegen eine gewaltsame Revision der japanisch-chinesischen Verträge. Nur die Bedrohung der japanischen Bürger in der Mandschurei habe die Regierung veranlaßt, scharfe Maßnahmen zu deren Schutz zu ergreifen. Das japanische Chinakorps habe keinerlei Aneignungsbestrebungen. Es habe lediglich die Aufgabe, die Bahn zu schützen und den Verkehr auf der Strecke Mukden—Dairen zu sichern. Sobald die chinesische Regierung den Forderungen Japans nachgebe, werde Japan seine Truppen zurückziehen.

Von der Tangerkonferenz.

Paris, 18. April. (Eigener Drahtbericht). Die Tangerkonferenz, die vor Ostern ihre Arbeiten mit der Erzielung einer grundsätzlichen Einigung bis auf Erledigung der von Italien vorgebrachten Forderungen beendet hatte, ist am Mittwoch zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, um nach einem vorbereitenden Notenaustausch der in Frage kommenden Mächte sich endgültig über die italienischen Ansprüche schlüssig zu werden. Italien hatte, obgleich es nicht zu den Signatarmächten des Tangerabkommens gehört, zur Erörterung der auf das Drängen Spaniens hin eingeleiteten Revisionsverhandlungen zwischen Paris und Madrid die Forderung durchgesetzt, an den Vorteilen einer Revision beteiligt zu sein. Der italienische Schritt, der mit der Eigenschaft Italiens als führende Mittelmeermacht begründet wurde, stieß nicht nur in Paris und Madrid, sondern auch in London auf Widerstand. Es gelang jedoch Mussolini schließlich, die Beteiligung durchzusetzen. Während anfänglich nur an eine Beteiligung Italiens in der hygienischen Kommission in Tanger gedacht war, wird man jetzt den italienischen Wünschen in weitergehendem Maße entgegenkommen und Italien nicht nur Sitze in der kommunalen Verwaltung, sondern auch den stellvertretenden Vorsitz im Stadtrat von Tanger gewähren, dessen Präsidium in französischen Händen liegt. Die Forderung freilich nach dem Oberbefehl über die Gendarmerie dürfte kaum durchgesetzt werden.

Morgen Ziehung!

Ziehung 20. u. 21. April 1928

Große zweite

Volkswohl

Lotterie — Alle Gewinne bar!

Jedes Los gilt 1 beide Ziehungen
9 162 Gewinne und 4 Prämien

400 000
150 000
75 000
100 000
50 000
40 000
30 000
20 000
10 000

Lose 1 RM. Doppellose 2 RM

Glücksbriefe 5 Lose 5 RM. 10 Lose 10 RM.

Porto und Listen für 2 Ziehungen 50 Pfennig extra
Versand geg. bar. Briefmarken
und auch gegen Nachnahme

Arndt Lotteriebank Breslau 5
am Tauentzienplatz
gegenüber Wertheim-Ecke
Ziehung 9. bis 14. Mai 1928
Postscheck Breslau 2571

Für Scheitnig und Odertor
Gneisenau-Drogerie,
Gneisenauplatz 4, erhältlich

Lobe-Theater.
Tel.: Ring 6774.
Donnerstag, Freitag, 20 Uhr:
Schwarz und Weiß
Komödie
von Sacha Guitry.
Sonnabend 20 Uhr:
Zum ersten Male!
TOBOGGAN
Drama v. Gerhard Menzel
Sonntag 15.30 Uhr:
Zu kleinen Preisen!
Das Kamel geht durch das Nadelöhr.
Sonntag 20 Uhr:
TOBOGGAN.

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6760.
Donnerstag, Freitag, 20 Uhr.
Sonntag 15.30 Uhr:
Letzte Aufführungen!
„Der Hexer"
Ab Sonnabend täglich 20 Uhr:
Schwarz und Weiß.
5351

Stadttheater
(Opernhaus)
Donnerstag
20 bis gegen 22.30
Das Rheingold.
Freitag
20 bis nach 22 Uhr:
17. Abonn.-Vorstell.
Serie II 5352
Der verlorene Gulden.
Sonnabend
20 bis 22.15 Uhr:
Gastspiel
Barbara Kemp
Max von Schillings:
Mona Lisa.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 5363
Tel. Stephan 36300
Donnerstag, Freitag
Sonnabend, Sonntag, 20 Uhr:
„Lady X...."
Sonntag nachm. 15½ Uhr:
Der Zarewitsch
Montag und Mittwoch, 20 Uhr:
Eine Frau von Format.
Dienstag 20 Uhr:
Der Zarewitsch
Donnerstag 20 Uhr:
„Drei arme kleine Mädels"

Liebich-Theater
Tel. Stephan 345 46
Täglich 20 Uhr
bis einschließlich Sonntag nachm.
Das internationale Varieté-Programm

Ein Lebensbild
von
Friedrich Engels.
Der Jugend erzählt
von Dr. Willi Cohn.
Preis 50 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung.

Wir bleiben billig!

Konkurrenzlos billig, 5351
da Sie bei mir keine hohe Ladenmiete u. keine Reklamekosten bezahlen.

Beim Einkauf von **10.00 Mk.** an ein Paar gute Damenstrümpfe **gratis!**

Sie erhalten noch **gute Bezüge** mit 2 Kissen für	**4.75**
Pa. Linon-Bezüge mit 2 Kissen bestickt. ganze Breite	**7.50**
Parade-Garnitur mit 2 Kissen, pa. Linon mit Einsatz	**9.50**
Waffle-Bezüge mit 2 Kissen, vorzügl. haltbare Qualität	**9.00**
Damast-Bezüge mit 2 Kissen, süddeutsche Ware	**12.50**
Buntkarierte Bezüge mit 2 Kissen	**6.75**
Bett-Inlets, säurecht und federdicht . 13.00, 10.00	**7.00**
Bettlaken, blütenweiß, 130/200	**2.25**
Damast-Handtuch, moderne Muster, 48/100	**0.78**
Küchen-Handtuch, gesäumt u. geb., gut. Gebrauchsw.	**0.45**
Frottierhandtuch, indanthren . 1.60, 1.10	**0.58**
Damenhemden in guten Qualitäten . 1.85, 1.60	**1.20**
Prinzeßröcke mit schöner Stickerei und Hohlsaum 2.50	**1.85**
Herren-Taghemden	**2.45**
Herren-Nachthemden	**3.75**
Damenstrümpfe, prima Mako und Waschseide	**0.95**
Damenschlüpfer in allen Farben	**0.85**
Arbeitshosen, dicke, feste Ware . Paar	**3.50**

Keine Schaufenster, aber sehr billige Preise!

Wäsche-Manneberg

Inhaber **Lutz Manneberg**
(im Hofe) **Reuschestraße 47/48** (im Hofe)

Berufsbekleidung

für Lehrlinge

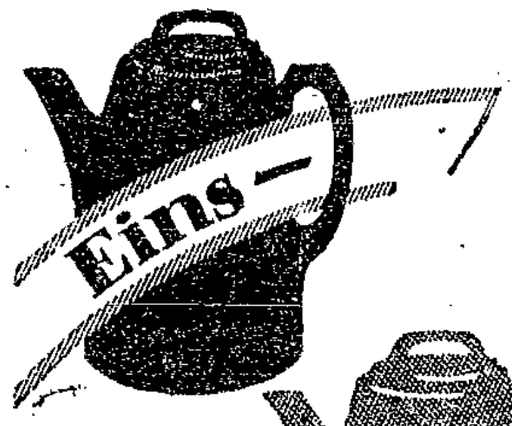
für Damen

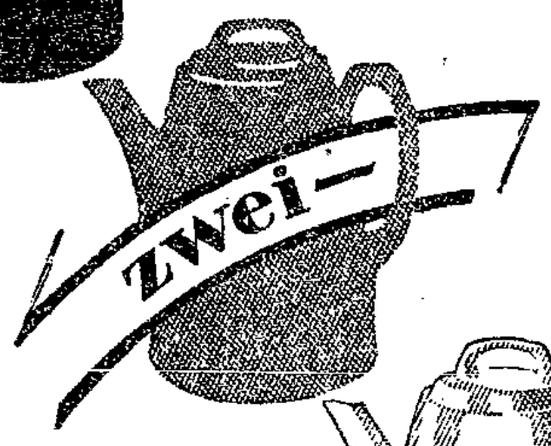
für Herren

5379 in jeder Ausführung

Spezialität: Federdichte Inlets

Leinenhaus **Gotthard Völkel** Friedrich-Wilh.-Str. 51
Filiale: Albrechtstr. 55
2. Haus vom Ring





so reinigt VIM Ihre Kannen!

So spielend putzt nur VIM alle Gegenstände aus Kupfer, Zinn, Aluminium, Email, Glas, Steingut und Porzellan. Wo VIM wirkt, da glänzt und blitzt es.

Druckerei Volkswacht
fertigt
moderne Drucksachen
Breslau 2, Fluriir. 4/6

Teppiche Läufer, Divan- u. Steppdecken
ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefern
Aday & Gilich, Frankfurt a. M. A. 133
Größtes Teppichversandhaus Deutschlands.
Schreiben Sie sofort! 11506

Damenhüte
ganz besonders preiswert • Große Auswahl
Gustav Thomas
Hutfabrik — Umpresserei
Ketzerberg 24 Kätzelohle 35

Wir bleiben stets die Billigsten!

Bettbezüge mit 2 Kiss 6.50, 5.50
Parade-Garnitur mit 2 Kissen, bestickt od. Einsatz nur 8.75
Fertiglaets, Qual.-War. 9.50, 6.90
Ein Posten Läuferstoffe, m 1.75, 1.45, 0.95
Windjacken wasserd. eig. Anfert.
Knab. u. Mädch. 7.50, 5.95, 4.95
Herr. u. Damen 9.85, 8.75, 7.50
Damen-Kleider, Riesenauswahl, nur 5.50, 3.95, 2.95, 1.95
Nur bei **H. Wassermann**
Friedrich-Wilhelm Str. 35
Vorzeiger dieses 5% Rabatt

Kleine große **Rundschiff-Nähmaschinen**
Singer 40, 55 und 75 Mk.
Reparaturen von 1 Mk. an.
Garantie Nähmaschinen-Reparaturwerkstatt 1776
Gräbschener Straße 5.

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3. Neue Graupenstraße 5

Arbeitsmarkt

Saubere
Hosennäherin
mit Probehose und Ausweis kann sich melden.
Trotzer, 1716
Siebenhufenerstraße 12.

Billige Bezugsquelle für
Fahrräder
Gummi und Zubehör
Geier, Freiburger Straße 16
Ecke Graupenstraße.

---

28 Jahre hat ich an ein Mädchenleiden
Gerhard's
Ich wandte die verschiedenen Mittel an. Durch Zufall kam ich an Gerhard's **Herba-Seife** erzielte ich rasche Heilung. So schreibt Frau B. Hoffmann, Wiesbaden. St. M. — 65. 10% verlangt M. 1.— Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme beides zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drog. und Parfüm.

Sie verdienen täglich
10 Mk. an Schnürriemen. Nur persönlich kommen.
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand
Kernseifenstücke • Rohzucker
Gem. Kaffee, Kernseife, Erbsen, alles sehr billig, primo Ware • Detail und Engros
Berthold Lippert
Heinrichstraße 16
Filialen: Oderstraße 17 und Weißgerbergasse 43.

Zu der „Volkswacht" haben Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

---

Kleine Anzeigen
sind kurzgefaßte, gesetzte einspaltige Anzeigen von Privatleuten, Vereinen, Vereinsmitgliedern u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, mit 4 Pfennige

Vertikow und rohen Spiegel zu Spiegelschrank vert. billig Winkers, Gräbschenstr. 45.

Spottbillig verkauft eichenen 3teiligen 10er Schrank mit Spiegel und eichene Kredenz Moderzel, Bonnerstraße 34.

Einschlagmaschine Pfaff-Nähmaschine verkauft preiswert Goeder, Wilh.-Str. 72, Sch. 4.

Der sehr weise, aber zuweilen etwas eitelfige **König von Dalleylen** strich bei Durchsicht des Etats seinen Beamten die für das Halten von Autos ausgeworfenen Beträge. Durch diese Ersparnis hoffte er seinen Untertanen eine bedeutende Steuerermäßigung bewilligen zu können. Den Autoindustriellen, die sich durch diese Maßregel geschädigt fühlten, riet er den guten Rat, bauet Häuser statt Autos. Als Ersatz für die verweigerten Autos hat der König von Dalleylen bei dem

---

Fahrradhaus Eximius
Reuschestrasse 28
(im Hause der Brauerei „Zum Mecklenbiff")
5390

bereits **25 000 Fahrräder in Auftrag gegeben.** Da infolgedessen die Fahrräder in absehbarer Zeit sehr knapp werden dürften, raten wir allen denen, die sich ein Fahrrad anschaffen wollen sich jetzt uns beizeiten einzudecken. Noch unverbindlich wir eine Riesenauswahl moderner Räder zu billigen trotz mäßiger Preise bequeme Teilzahlung. Riesenauswahl auch in Bereifung u. sämtlicher Zubehörteile u. unsere jedem geleistete Reparaturwerkstatt repariert Räder jeder Art zu mäßigen Preisen.

Ein junges Mädchen
schreibt über
Rußlands Jugend:
Lydia Seifullina
der Ausreißer
Leinen 2.50 Leinen 3.50
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstraße 5 Neue Taschenstraße 11

Sieg jeder sich das Gesicht ein,
denn wird es gut gepflegt sein!
PETERSDORFF

Damen-Mäntel-Fabrik
M. Berger Nachfolger
Ohlauer Straße 80
Eigenfabrikation großen Umfangs
Neuheiten
Kasha- Rips-Mäntel Kostüme
teuche Formen — modische Farben
Um jeder Dame zu dienen, haben wir eine Serie neuester Mäntel assortiert für Jungmädchen wie auch für ganz starke Damen in hellen und dunklen Farben, zum Übergang und Frühjahr.
20 Mark

Zur Beachtung für den Schulanfang!
Wir empfehlen für den Zeichenunterricht in allen Stärken
Reißbretter in allen Größen
aus allerbestes, ausgesuchte Ware
zu konkurrenzlos billigen Preisen.
Reißschienen • Winkel • Reißstifte • Zeichenbretter • Zeichenmappen • Zeichenkästen • Tuschen • Farbkasten • Pinselkasten usw.
Reißzeuge
nur erste Marken zu Fachpreisen! 5394
Fachgeschäft **Lessing & Pehl** Taschenstr. 28/31.

Berücksichtigt unsere Inserenten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. April 1928.

Im vollen Kampf!

Nachdem unsere Partei durch das gedruckte Wort bereits vor Ostern in den Wahlkampf eingetreten ist, hat gestern abend die erste große Wähler- und Wählerinnenversammlung im Zentralballsaal stattgefunden. Redner war einer der bestgehaßten Männer unserer Partei, der frühere thüringische Staatsbankpräsident Genosse Walter Loeb. Und wer ihn gestern gehört hat, wird ermessen, daß die Reaktion Ursache hat, ihn zu hassen, denn Walter Loeb gehört zu den schneidigsten Verfechtern der sozialistischen Idee, bei dem sich reiches ökonomisches Wissen mit einer glänzenden Rednergabe paart. Der große Versammlungssaal war bereits ziemlich dicht besetzt, als vom Odertor her die sozialistischen Jungordner mit zahlreichem Gefolge anrückten und jedes noch vorhandene Plätzchen besetzten. Nachdem ihre Schalmeienkapelle noch einen sozialistischen Marsch gespielt hatte, ergriff Genosse Loeb das Wort.

Der Redner begann mit Dankesworten, daß es ihm vergönnt sei, hier, am Geburtsort Lassalles, in einem großen und entscheidenden Wahlkampfe zu Wort zu kommen, um darzulegen, was Ziel und Kampfparole der Sozialdemokratie sein muß. Filmartig ließ er dann die Geschichte der letzten zwanzig Jahre vorübergleiten, die Wahlniederlage der Partei von 1907 und ihr darauf folgender Riesensieg von 1912, dann den verbrecherischen Krieg bis zum Telegramm Hindenburgs, daß er die Front keine vierundzwanzig Stunden mehr halten könne, Niederlage, Waffenstillstand und Revolution, die Nationalversammlung mit Ebert als Reichspräsidenten und Scheidemann als Ministerpräsidenten, die Ermordung von Erzberger und Rathenau, Eberts Tod und Hindenburgs Wahl, die Deutschnationalen in der Regierung und jetzt die Auflösung des Reichstages. Die wichtigste Erkenntnis ist nun wohl die, daß das republikanische Zentrum nationalliberal geworden ist. Die entsetzlichste Krankheit des deutschen Volkes ist seine Vergeßlichkeit. Wir dürfen nicht vergessen, wir müssen immer wieder daran denken, was gewesen ist, um in der Wahlschlacht seinen Mann und seine Frau zu stehen.

Der Redner wandte sich dann der falschen Meinung zu, daß politische Macht ohne die ökonomische von Dauer sein kann. Wir können nichts leisten ohne die ökonomische Macht. Heute sind Industrie, Finanzen, Produktion, Reichswehr, Verwaltungsbürokratie, alles in den Händen der Gegner. Unsere oberste Pflicht ist der Klassenkampf zur Eroberung der Wirtschaft.

Worum geht heut die politische Entscheidung? Wir haben den Krieg verloren. Statt Erzberger hätte man seinerzeit Ludendorff und Hindenburg den Waffenstillstand unterschreiben lassen sollen. (Sehr richtig!) Doch die Linke glaubte, zu retten, was noch zu retten war. Nun geht die Frage darum, wer bezahlt die Lasten dieses Krieges? Vier Jahre verkündeten Helfferich, Poincaré, Lloyd George: Sieg, Sieg, Sieg! Hüben wie drüben hieß es, wir haben Jahrhunderte hindurch Lasten zu tragen, wenn wir nicht siegen. Die Niederlage Deutschlands war keine Niederlage des Volkes, sondern eine Niederlage der Generalität. Der Krieg war kein Krieg eines sozialistischen Weltstaates gegen kapitalistische Staaten, sondern der Krieg Englands gegen kleinere kapitalistische Staaten. Seit 1919 geht nun die Diskussion darüber, wieviel und wie lange Reparationen zu zahlen sind. Doch die Zahlungsfähigkeit eines Landes hört auf, wo die Zahlungsunfähigkeit eines anderen beginnt. Die Wirtschaft ist international. Als man sich Deutschland ansah, was es in der Lage sei, zu bezahlen, gewahrte man die Sparkonten, den Hypothekenbesitz, die Anleihen der Gemeinden. Unsere Finanziers aber erklärten, wir können nicht bezahlen. Bei dem Feilschen in Spaa fiel das einzig richtige Wort unseres unvergeßlichen Hué: „Was geliefert wird, das entscheiden unsere Kumpels im Bergbau!" Es kam die geniale Erfindung der Inflation mit ihrer Zusammenballung aller kleinen Vermögen in wenigen Händen, der letzte Spargroschen wurde dem kleinen Manne durch die Kapitalisten weggenommen. Wie an der Inflation, so verdienten die Kapitalisten auch an der Stabilisierung, auch sie war ein großer Fischzug am Volke. Schacht hat zuletzt dieses Werk vollendet. Wir haben jetzt 2½ Milliarden jährlich an Reparationen zu zahlen, 1¼ Milliarden bringt die Lohnsteuer und 1¼ Milliarden die Umsatzsteuer. Darüber gehen 6½ Milliarden aus indirekten Steuern ein. Alles zahlt der Verbraucher, auf seinen Rücken haben die Kapitalisten die gesamten Lasten des Krieges und des Staates abgewälzt.

Amerika besitzt heute 60 Prozent alles vorhandenen Goldes, aber man kann auch beim Golde verhungern. Gold ist wertlos, wenn es kein internationaler Verkehrsfaktor ist. Die Reparationen sind entweder in Gold oder in Waren zu bezahlen. Aber wenn wir für 2½ Milliarden Sachwerte liefern sollen, wird die Welt darüber bankrott. Die Vereinigten Staaten von Europa sind die einzige Grundlage für die Existenz Deutschlands und der anderen.

Wenden wir uns der Gestaltung des eigenen Vaterlandes zu. Hier haben wir noch das Trauerspiel von achtzehn Regierungen. Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat, Reich, fünf Verwaltungen also betreuen den Staatsbürger. Weniger Beamte und die wenigen gut bezahlt, ist mehr wert, als was sich heut aufgebläht hat. Wenn wir die Verwaltungsreform nicht selbst durchführen, machen es die anderen. Beschämend ist, daß die Deutschnationalen sogar den Reparationsagenten Parker Gilbert gebeten haben, daß er in Deutschland Ordnung schaffen soll. Es ist eine nationale Schmach, zu bitten, daß der Reparationsagent der deutschen Regierung vorschreiben soll, wie sie ihre Bücher zu führen hat. Das Reichsschulgesetz war wieder eine Attacke auf Hirn und Geldbeutel des Proletariats. 5 Millionen für Kinderspeisungen wurden nicht bewilligt, aber 7 Millionen für den Phöbusskandal und 80 Millionen für den Panzerkreuzer.

Die Eroberung des Staatsorganismus ist verbunden mit Opferbringen auf Jahrzehnte. Wir haben nicht Deutschland von den anderen zu befreien, sondern die europäische Arbeiterklasse muß sich von der europäischen Oberschicht befreien. (Lebh. Beifall.) Ob die Franzosen ins Ruhrgebiet einrücken oder ob die Reichswehr in Thüringen eindringt, ist ziemlich dasselbe. Es ist ganz gleich, welche Macht uns unterdrückt. Wir wollen die ökonomische Freiheit der Arbeit erringen. Unser Weg führt nicht über Leichen, sondern auf dem Boden des Konsums. Rufen andere: Spart!, so rufen wir: Verbraucht! Auf den Konsum kommt es an und nicht auf die Zinsen. Ohne Verbrauch keine Beschäftigung und ohne Beschäftigung kein Konsum. Zur Konsumsteigerung gehört die Heraufsetzung der Löhne. Je höher die Löhne, je kürzer die Arbeitszeit, desto größer die Produktion. Mit der Rationalisierung haben die deutschen Unternehmer fünfzehnjährige Erfahrungen aller Länder in Anspruch genommen. Eine große Lücke aber bilden ihre falschen wirtschaftlichen Grundsätze. Aus kleinem Umsatz suchen sie großen Nutzen. Verringert die persönlichen Unkosten, verringert die unproduktive Arbeit, und ihr werdet Kapital haben, um die Arbeiter bezahlen zu können. Und keine Furcht vor dem Auslandskapital. Hätten wir 1914 das Zehnfache der heutigen Auslandsschuld gehabt, dann wäre der Krieg mit einem solchen Ausgang nicht gekommen. Nehmt Geld her, wo es zu haben ist, und überlaßt es der kapitalistischen Welt, wie man die Verpflichtungen regelt.

Redner wendet sich dann in kritischen Betrachtungen der Entwicklung in Rußland zu. Rußland hat keine proletarische Regierung, weil sie ihre Grundlage nicht im Proletariat, sondern in den Bauern hat. Der Proletarier Trotzki wird von dem Bauern Stalin in die Verbannung geschickt. Es ist tief bedauerlich, daß der Mitschöpfer der Revolution und Freund Lenins von Bauern ins Exil geschickt werden kann.

Warum ist Deutschland nicht sozialistisch? Weil unser Volk noch zu träge ist in seinem Denken. Der Jugend darf man trauen. Sie wird begreifen, daß nicht die Waffe, sondern das Hirn die künftige Entwicklung entscheidet.

Der Vortrag fand stürmischen Beifall. Zur Debatte lagen Wortmeldungen nicht vor. Genosse Dr. Eckstein schloß die Versammlung mit dem Hinweis auf unsere Maifeier. Die Schalmeienkapelle intonierte und die Versammlung sang stehend die Internationale.

Sonderbare Frühlingsträume

verschiedenster Spießertypen werden uns bei einer Auswahlsendung vom Lenz gezeigt werden. Ueberhaupt „Spießer und Untertanen" werden höchstpersönlich, von Vertretern der Dinta geleitet, der bei der Frühlingsfeier der Freigewerkschaftsjugend in der Aula der Viktoriaschule erscheinenden Breslauer Arbeiterschaft sich selbst vorspielen. Herrn Hugenbergs Wahlmaschine: Die Devoli kommt mit Fridericus Rex und anderen „gekrönten Häuptern" und mit Geßler und Wilhelm Tell. Niemand darf sich das entgehen lassen, darum scheue niemand den Betrag von 20 Pf. für Jugendliche und 40 Pf. für Erwachsene und komme Sonnabend, 20 Uhr, in die Viktoriaschule.

Achtung!
Genossen in Reichs-, Staats- und städtischen Betrieben!

Sonnabend, den 21. April, im Gewerkschaftshaus: wichtige Versammlung. Kommt zahlreich! Kein Betrieb darf fehlen!

Kathreiners Malzkaffee
... wenn Sie gesund bleiben wollen!

Der Bürgerblock gegen die Arbeiterschaft.

Auf jeden Angestellten und Arbeiter 2,50 Mk. zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Der Bürgerblock in Breslau ist kein leerer Wahn. Zentrum und Demokraten bestritten zwar seine Existenz, aber er besteht. Er bestand 1924 und finanzierte den Lügenfeldzug gegen die sozialdemokratische Mehrheit. Dann ging man still auseinander, um sich jetzt vor der Wahl aufs neue zu finden. Um die Wiederkehr einer sozialdemokratischen Mehrheit zu verhindern, läßt man es sich etwas kosten. 2,50 Mark hat jeder Arbeitgeber für jeden bei ihm beschäftigten Arbeiter und Angestellten in den gemeinsamen Wahltopf zu werfen. Vorbildlich sind all die unterzeichneten Herren von den Banken, der Bekleidungsindustrie, vom Einzelhandel, von den Gastwirten, vom Großhandel, die Handelsvertreter tun mit und auch die Meister von Handwerk und Gewerbe, ebenso die Industriellen, die Mühlenbesitzer und Getreidehändler. In treuer Gemeinschaft figurieren deutschnationale Monarchisten und demokratische Republikaner, fromme Zentrumsleute, Juden und Antisemiten. Alle sind sich einig, daß eine sozialdemokratische Mehrheit nicht wiederkommen soll. Folgendes Schriftstück wurde an diejenigen versandt, von denen man annahm, daß sie vom sozialistischen Geiste noch nicht angekränkelt sind. Daß es in einer ganzen Anzahl von Exemplaren in unsere Hände gekommen ist, beweist, wie sehr man sich über die Stimmung in den eigenen Kreisen täuscht. Hier ist das für die gesamte arbeitende Bevölkerung lehrreiche Dokument:

Wirtschaftsausschuß für kommunale Angelegenheiten.
Fernruf Ring 6561, 7209—7212.

Breslau 6, den 4. April 1928.
Nikolaistadtgraben 18.

An die
Breslauer Unternehmer aus Handel und Gewerbe.

An den bevorstehenden **Wahlen zur Breslauer Stadtverordneten-Versammlung,** die infolge der Eingemeindungen innerhalb der nächsten zwei Monate bevorstehen, sind alle Wirtschaftskreise Breslaus aufs lebhafteste interessiert.

Da die städtischen Körperschaften sich in der Hauptsache mit **wirtschaftlichen Aufgaben** zu beschäftigen haben, gilt es, mehr als bisher Männern und Frauen der Wirtschaft Eingang ins Stadtparlament zu verschaffen und in ständiger Fühlung mit den Stadtverordneten die erforderliche Rücksichtnahme auf die Interessen der Wirtschaft anzustreben.

Dabei sind die Kreise der Wirtschaft sich bewußt, daß die Durchführung der Wahlen nur Sache der politischen Parteien sein kann, da andernfalls eine ungesunde Stimmenzersplitterung eintreten würde; die Aufstellung eigener Listen von einzelnen Wirtschaftsgruppen ist deshalb unbedingt abzulehnen.

Um zu erreichen, daß die Interessen der Wirtschaft in dem neuen Stadtparlament stärker als bisher durch Persönlichkeiten der Wirtschaft vertreten werden, haben die Vertreter von Banken, Bekleidungsindustrie, Einzelhandel, Gastwirtschaften, Großhandel, Handelsvertretern, Handwerk und Gewerbe, Industrie, Mühlen und Getreidehandel sich entschlossen, den Wirtschaftsausschuß für kommunale Angelegenheiten wieder ins Leben zu rufen, der bereits vor den Wahlen im Jahre 1924 praktisch tätig gewesen ist. Sie richten an alle Vertreter des Breslauer Wirtschaftslebens die dringende Bitte, sie durch Bereitstellung ausreichender **Geldmittel** zu unterstützen, und bitten Sie deshalb,

einen namhaften Betrag auf das Konto: **„Wirtschaftsausschuß für kommunale Angelegenheiten" beim Schlesischen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank, Breslau, Albrechtstraße,** zu überweisen.

Die zweckdienliche und objektive Verwendung der eingehenden Gelder ist dem Vorstand des Wirtschaftsausschusses, bestehend aus den Herren

Dr. Kurt von Eichborn,
Hellmut Schwartz,
Kommerzienrat Dr. Schwerin,
Obermeister Unterberger,

übertragen worden. Seine Zusammensetzung bietet die Gewähr für eine wirklich sachgemäße und einwandfreie Verwendung der aufkommenden Summe.

Um ihnen für die **Bemessung** des von Ihnen zu leistenden **Beitrages** einen Anhalt zu geben, erlauben wir uns mitzuteilen, daß der Ausschuß Sie bittet, einen Betrag von **2,50 Mark für jeden von Ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten** zu überweisen. Der Ausschuß bittet jedoch, der Leistungsfähigkeit und der Bedeutung Ihres Unternehmens bei der Bemessung des Gesamtbetrages Rechnung zu tragen.

Für die Banken: Dr. Kurt von Eichborn, Fränkel, Dr. Fuß, Goelich, Ernst Heinrich Heimann, Malleis, Ullmann.

Für die Bekleidungsindustrie: Alfred Hamburger, Otto Lewy, Leo Lewin, Dr. Rosenbaum, Josef Weber.

Für den Einzelhandel: Emanuel Bielschowsky, Brendgen, Max Centawer, Dr. Rudolf Cohn, Julius Graessner, Heidrich, Siegfried Heinrich, Dr. Ludwig Meyer, Loebner, Hermann Sachs, Egon Schaeffer, Max Schoenfelder, Otto Schoenfelder, Julius Scheyde jr.

Für die Gastwirte: Bräuer, Grundmann, Krause, Ludwig.

Für den Großhandel: Baerwald, Dr. Dziallas, Graetz, Erich Grund, Cornel Grzimek, Alfred Hamburger, Dr. Silvius Schalscha, Hellmut Schwartz, Paul Winter.

Für die Handelsvertreter: Buhrmann, Hentschel, Bernhard Molinari, Rotter, Hugo Sabatzky.

Für Handwerk und Gewerbe: Baranek, Doerfert, Halfpaap, Hansen, Kiefer, Krämer, Krebs, Mann, Scholz, Streit.

Für die Industrie: Aufrichtig, Arthur Deter, Hans Dorndorf, Drelse, Dr. Eduard Haase, Herrmann, Hertel, Alfred Kelling, Dr. Wilhelm Korn, Lenz, Dr. Meinecke, Miecke, Otto Nicolaier, Dr. Schloesser, Ewald Schoeller, Dr. Schwerin, Trelenberg, Tuch.

Für den Mühlen- und Getreidehandel: Berthold Chorinsky, Dehmel, Figge, Friedenthal, Dr. Frommer, Jung, Meyer, Koppenheim, Jakob Lobethal, Karl Maiß, Dr. Simm, Wagner, Weigert.

Zu jeder etwa gewünschten weiteren Auskunft stehen die beiden Unterzeichneten jederzeit gern zur Verfügung.

gez. **Dr. Rosenberger.** gez. **Dr. Schimmelpfennig.**

Welche Lehre haben wir daraus zu ziehen? Erstens, wenn die Bekämpfung der Sozialdemokratie den Unternehmern 2,50 Mark für jeden bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten wert ist, dann ist unser Kampf um die Rathausmehrheit für jeden Arbeiter und Angestellten mindestens auch 2,50 Mark wert, und so viel sollten wir jeder als Wahlbeitrag zahlen. Mancher wird es nicht können, aber dafür müssen wir alle auch sonst noch um so eifriger unsere Pflicht tun. Die Bürgermehrheit hinterläßt auf dem Rathause ein Defizit von 15 bis 16 Millionen, während sie von der früheren sozialdemokratischen Mehrheit 7 Millionen Ueberschuß erbte. Diese 15 bis 16 Millionen müssen nach den Wahlen irgendwie gedeckt werden. Die ganze Last auf die breite Masse zu wälzen, ist der Zweck des noch vor dem Tode wieder auferstandenen Bürgerblocks. Gelingt es, dann hat es sich gelohnt, auf jeden Arbeiter und Angestellten, den man beschäftigt, 2,50 Mark in den Wahltopf zu werfen. Gelingt es aber nicht, siegt die Sozialdemokratie trotzdem, tut sich eine neue sozialdemokratische Mehrheit auf, dann ist das Geld allerdings zwecklos hinausgeworfen.

Arbeitendes Volk! Männer und Frauen! Ihr könnt sie mit Eurem Stimmzettel alle schlagen, die Herren von den Banken, der Bekleidungsindustrie und dem Einzelhandel, die Gastwirtsverbändler, die Großhändler und ihre Handelsvertreter, die Herren von der Zunft und von der Industrie, die Müller und die Getreidehändler, die Demokraten und die Monarchisten, die Zentrumsbrüder, die Juden und die Antisemiten. Ihr seid die Mehrheit und könnt eine Rathausmehrheit nach Eurem Willen aufrichten, sofern Ihr einig seid. Der Bürgerblock zeigt uns allen, wie sehr der Kampf sich lohnt. Wir haben ihn längst aufgenommen und werden ihn durchfechten! Den Doktoren Rosenberger und Schimmelpfennig (die Namen sind an sich schon berühmt und bezeichnend) nebst allen ihren Mitunterzeichnern gilt es, eine große Niederlage zu bereiten durch die Wahl von Sozialdemokraten. Sammelt Geld, wie der Bürgerblock es tut, wühlt und agitiert, seht die Wählerlisten ein und am Wahltage

geht und wählt Sozialdemokraten!

Seht die Wählerlisten ein!

Täglich von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends liegen die Wählerlisten bis zum 28. April in der Lessingturnhalle aus. Wer nicht in der Wählerliste steht, kann nicht wählen, er entrechtet sich selbst.

Zimpel: Die Wählerlisten für das neue Zimpel liegen in Grüneiche aus.

Die Zahl der Wahlberechtigten

im alten Breslau beläuft sich auf rund 412 000 gegen rund 400 000 bei der letzten Wahl. Hinzu kommen jetzt noch ungefähr 29 000 neue Wähler aus den am 1. April eingemeindeten Orten. Die Zahl der Abstimmungsbezirke hat sich von 364 auf 385 vermehrt.

Elternbeiratswahlen.

Liste Schulfortschritt.

Wir empfehlen in Breslau für die Kandidatenaufstellung Einigung mit den Bürgerlich-Christlichen unter Wahrung unseres Besitzstandes. Dadurch erübrigt sich eine Wahl. In denjenigen Schulen, in denen eine Einigung unter dieser Bedingung nicht zustande kommt, werden wir durch Flugblätter und Versammlungen für genügende Agitation sorgen. Die Meldungen müssen sofort im Parteisekretariat erfolgen. Daselbst auch jeden Mittwoch und Freitag von 6 bis 7 Uhr nachmittags Auskunft durch ein Vorstandsmitglied.

Der Vorstand des Zentral-Elternbeirats.

Albrecht Dürer und die deutsche Kunst.

Im Rahmen der Breslauer Volkshochschule wird Kunsthistoriker Bernhard Stephan einen Lehrgang mit Lichtbildern halten, der das Schaffen Albrecht Dürers in seiner Zeit und in seiner Wirkung innerhalb der deutschen Kunst bis zur Gegenwart behandeln wird. Anmeldungen im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, 2. Stock, werktäglich 10—15 und 17—20 Uhr. — Am Sonntag, den 22. April, findet für Volkshochschüler die erste Führung durch die Dürer-Ausstellung im Schlesischen Museum der bildenden Künste statt, zu der auch Gäste willkommen sind.

Die juristische Sprechstunde

ist diese Woche nicht am Sonnabend, sondern am Freitag, von 3 bis 4 Uhr.

Eingang Fränkelplatz.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Parteigenossen!

Sorgt dafür, daß morgen abend 6 Uhr in allen Lokalen die Wählerzeitungen abgeholt werden:

Bezirk 1: Scholz, Schillerstraße 28,
" 2: Beihoff, Viktoria-, Ecke Rehdigerstraße,
" 3: Kanter, Lewaldstraße 27,
" 4: Koschik, Luisenstraße 13,
" 5: Drescher, Holteistraße 16,
" 6: Glaser, Bergstraße 22,
" 7: Arlt, Berliner Straße 82,
" 8: Glogauer Straße 2,
" 9: Bräuer, Pöpelwitzstraße 36,
" 10: Müller, Alsenstraße 62,
" 11: Marschallek, Friedrich-Wilhelmstraße 78,
" 12: Ohlei, Alsenstraße 12,
" 13: Knorr, Posener Straße 67,
" 14: Graf, Westendstraße 37,
" 15: Heinrich, Anderssenstraße 39,
" 16: Bartneck, Mehlgasse 43,
" 17: Weiße Weste, Oswitzer Straße 1,
" 18: Wolf-Ausschank, Matthiasstraße 140,
" 19: Krause, Neue Weltgasse 42,
" 20: Goertz, Enderstraße 11,
" 21: Klenner, Kreuzstraße 44,
" 22: Hirschberg, Matthiasstraße 175,
" 23: Klaß, Uferstraße 26,
" 24: Wolf, Hedwigstraße 15,
" 25: Lamert, Brigittental 16,
" 26: Görlich, Löschstraße 13,
" 27: Zeuke, Ofener Straße 2,
" 28: Gewerkschaftshaus, Büfett,
" 29: Großer, Grünstraße 10,
" 30: Hartmann, Lehmgrubenstraße 50,
" 31: Langner, Augustastraße 196,
" 32: Staneck, Neudorfstraße 99,
" 33: Kierstein, Neudorfstraße 15,
" 34: Kluges Gaststätte, Kleine Groschengasse 10,
" 35: Jägerhof, Gräbschener Straße 181/183,
" 36: Hübner, Gabitz- Ecke Menzelstraße,
" 37: Genossenschafts-Restaurant, Camenzer Straße 72,
" 38: Kache, Gräbschener Straße 123,
" 39: Biakowski, Fürstenstraße 103,
" 40: Lerche, Hubenstraße 95,
" 41: Schmidke, Lohnitzstraße 34,
" 42: Wirtke, Zimpeler Weg.

Das schlafende Heer!

In der Wochenschrift „Schlesiens Handwerk und Gewerbe" vom 14. April steht ein Leitartikel „Das schlafende Heer" unterzeichnet von dem bekannten W. P. Der Schreiber jammert über das schlafende Heer, über die Gleichgültigkeit der größten Partei, die Nichtwähler, indem er wörtlich schreibt: Leider gibt es aber in unserem Volke noch andere schlafende Heere, die zur Entscheidungsstunde nicht aufwachen, sondern sich die Zipfelmütze über die Ohren ziehen, ruhig weiter schlafen und Gott einen guten Mann sein lassen. Die größte Partei in Deutschland ist die der Nichtwähler und zwar aus den Kreisen der Bürgerschaft, die doch alle Ursache hat, die heranbrandende rote Flut zurückzudämmen, welche diesen Schlafmützen in erster Linie verderblich sein dürfte.

Wir, die nichtschlafenden, die aufgeklärten Handwerker, fragen W. P., in welchen Fällen dürfte die rote Flut den armen Handwerkern und Gewerbetreibenden verderblich sein? In welcher Zeitung liest W. P. die Parlamentsberichte? Im „General-Anzeiger"? Besteht die Reichsregierung aus Sozialdemokraten? Oder besteht sie nicht seit den Wahlen von 1924 bis heute aus Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Zentrum? Wenn W. P. die wahren, ausführlichen Parlamentsberichte in dem Organ für die werktätige Bevölkerung in Breslau die „Volkswacht", lesen würde, dann müßte er wissen, daß es nur eine Partei gibt, die das Herz auf dem richtigen Fleck hat für die Handwerker und Gewerbetreibenden, die die wirklichen Interessen des Handwerks und Gewerbes in allen Parlamenten vertritt, das ist die Sozialdemokratische Partei. Wir erinnern nur an die Gewerbesteuer, daß nur solche Gewerbetreibende Gewerbesteuer zu zahlen haben, die ein entsprechendes Einkommen haben. Wie hat z. B. die Sozialdemokratische Partei den Zolltarif bekämpft, durch den uns armen Handwerkern, auch dem W. P., alle Lebensmittel, in erster Linie das Stückchen Brot, von dieser letzten Regierung um das doppelte verteuert wurde. Wir die Nichtschlafenden, die aufgeklärten Handwerker, erlauben uns, alle anderen zu fragen: Habt ihr bei den letzten Wahlen die Deutschnationale Volkspartei oder Zentrum gewählt? Dann seid ihr mitschuldig an dieser Verteuerung, dann seid ihr mitschuldig, daß uns und euch das Arbeitsmaterial von dieser letzten Regierung so verteuert wurde, daß uns nur noch Pfennige als reiner Verdienst übrig bleiben.

Gegen dies alles nützt kein Schimpfen und kein Kritisieren. Gegen dies alles gibt es nur eine Waffe, das ist der sozialdemokratische Stimmzettel.

Wähler aus Handwerk und Gewerbe, macht den Wahltag vom 20. Mai zum Zahltag! Nehmt jeden Gleichgültigen am Wahltag bei den Ohren und schleppt ihn mit zur Wahlurne, damit endlich die Partei der ganzen arbeitenden Menschheit in Stadt und Land zur Mehrheit und zur Macht gelangt durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg.

Geht aber alle erst zur Lessinghalle und seht die Listen nach, denn wer nicht in der Wählerliste steht, dem wird sein Stimmzettel nicht abgenommen. Das kostet keinen Pfennig, nur einen Spaziergang zur Lessinghalle. Beim Wählerlistennachsehen, sowie auch bei der Wahl, muß man immer erst Straße und Hausnummer angeben und dann erst seinen Namen.

Georg Krieg, Schuhmachermeister.

Zum Unfall am Postscheckamt.

In unserem gestrigen Bericht muß es heißen, daß der tödlich Verunglückte nicht der Maurerpolier, sondern der Zimmerpolier Hermann Geisler, Tauentzienstraße 72, war. Nach Aussage der bei dem Verunglückten beschäftigten Arbeiter muß der bedauerliche Unfall auf einen Schwindelanfall zurückgeführt sein, denn der Absturz erfolgte, nachdem sich der Verunglückte nach einem Stück Eisen gebückt und sich wieder aufgerichtet hatte. In demselben Augenblick stürzte er von dem Schutzgerüst, auf dem er stand, hinten herüber und sieben Stockwerke herunter. Bei dem Absturz schlug er mehrmals auf die Verstrebungen des Gerüstes und blieb auf dem Schutzgerüst im 5. Stockwerk liegen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur noch 2 Tage! Heute Donnerstag, den 19. April und morgen Freitag, d. 20. April [illegible]

Das Ende von St. Petersburg

Regie: W. J. Pudowkin

Bitte rechtzeitig erscheinen, da fast jede Vorführung ausverkauft ist

[illegible]

[illegible]

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 30
Telefon: Ohle 5652

Frauenabende

am Montag, den 23. April, 20 Uhr:

Distrikte 29/23 im Gewerkschaftshaus. Rednerin Klara Zils-Eckstein.
Distrikt 31. Langner, Augustastraße 193. Ueber „Frauenarbeit und Frauenkrankheiten" spricht Genosse Dr. med. R. Neufeld.
Distrikt 34. Kluge, Kleine Groschengasse 11. Toni Müller spricht über „Sozialpolitik in der Gemeinde Wien".
Distrikt 37. Martin, Schönstraße 80. Aufführung der Wahlrevue: „Achtung, Augen rechts!" durch die „Roten Blusen" der Breslauer Arbeiterjugend.
Distrikt 41. Mittwoch, den 25. April, öffentliche Frauen-Feierstunde. Z.d.A.-Jugendgruppe und Arbeiter-Mandolinisten verschönern den Abend. Genosse Alfred Praetel hält einen Vortrag.

Distrikt 38. Freitag, abend 7 Uhr, wichtige Funktionär-Sitzung bei Hartmann, Hubenstraße 50. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.
Distrikt 32. Sonntag, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, bei Staneck, Neudorfstraße 99, Frauenabend mit ernsten und heiteren Rezitationen. Kaffeetassen mitbringen.
Distrikt 28. Montag abend bei Kache, Gräbschener Straße 123, Frauenabend. Neben einem wichtigen Vortrag des Genossen Arthur Häußler über „Die Frau im neuen Staat", kommen noch heitere Vorträge zu Gehör.
Distriktsführer! Sofort sind im Parteisekretariat Plakate abzuholen.
Erweiterter Parteivorstand. Montag, den 23. April, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften.

Freitag, 20 Uhr:

Gruppe Ohlauer Tor, Brockauer Schule. Genosse Oppler spricht über: „Das Schmutz- und Schundgesetz, ein Geschenk des Bürgerblocks".
Gruppe Scheitnig, Sandtor, Odertor, Benderschule, Lehmdamm. Genosse Ludwig spricht über: „Die Parteien im Wahlkampf". Wandzeitung: Wahljahr 1928. Artikel an G. K., Friesenstraße 20.
Gruppe Pöpelwitz, Nikoleitor, Krischke-Schule. Genosse Auras spricht über „Die Schandtaten des Bürgerblocks".
Arbeiterjungen und Mädel! In unseren Arbeitsgemeinschaften erhaltet ihr die besten Waffen für den Wahlkampf.

Jungsozialisten.

Gruppe Striegauer Tor, Gräbschen. Morgen, Freitag, pünktlich 8 Uhr, Funktionärsitzung beim Genossen H. Pech, Tauentzienstraße 158, 2. Etage.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Heim 2 (Ofener Schule). Heute abend beteiligt sich jeder Genosse an der Weiterengruppe im Heiligengrab-Gymnasium. Näheres in der Zeitung. Freitag sind wir im Heim zu einem Brettspielabend. Nachher Funktionärsitzung. Monatsprogramme nicht vergessen. Die Genossen, die Sonntag nach Maltsch fahren, bringen 1,50 Mark mit. Beitrag, sowie Versicherungsgeld nicht vergessen. Gäste herzlich willkommen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Jugendleiter! Heut abend sind alle Karten zur Frühlingsfeier abzurechnen. **Alle Mitwirkenden** (Sprechchor und Sondergruppe) sind heut schon um 19,30 Uhr zur Generalprobe. Alle müssen pünktlich erscheinen.

Bund der Freidenkerjugend.

Jüngere Gruppe. Wir kommen heute, Donnerstag, 20 Uhr, im Heim, Gräbnerstraße 14 II, zusammen. — Dienstag, den 21. Mai, 20 Uhr, spricht Gesinnungsfreund Schöpe über das Thema: „Wie entstand das Leben auf der Erde".

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 2 (Scheitnig). Wir bitten alle Eltern, die uns beim Nähen für die Falkenkleidung behilflich sind, sich heut in der Zeit von 5 bis 7 Uhr, im Heim einzufinden, da auch das Mädel für die Kleidung da ist. Am 1. Mai wollen wir alle eingekleidet gehen, deshalb versäumt nicht, heute zu kommen, sonst werden wir nicht fertig.

Neue Prospekte beim Verkehrsverein.

In der letzten Woche sind beim Verkehrsverein neue Prospekte von nachstehenden Orten eingegangen: aus Schlesien: Hermsdorf u. K., Schömberg, Warmbrunn, Hain, Altheide; aus dem übrigen Deutschland: Bad Liebenstein, Arnstadt, Rüdesheim, Cronberg, Krefeld, Worms, Heilbronn a. Neckar, Schinznach, Neuenbürg b. Wildbad, Ilmenau, Ostseebad Prerow, Bad Sachsa, Wittenberg, Insel Hiddensee, Neuendorf, Langeoog, Baden-Baden, Königsfeld, Hohenschwangau, Lahr, Graal, Leisnig, Danzig, Bayrisch-Gmain, Chiemgau, Bad Bentheim, Mergentheim, Salzungen, Chur, Kreuznach, Auersberg, Baabe, Godesberg, Hinterzarten, Wiesenbad, Stralsund, Göhren, Blankenburg, Thüringen, Görlitz, Koblenz, Nordseebad Kampen; aus dem Ausland: Bad Ischl, Johannisbrunn (C.S.R.), Basel, Bosnien und Herzegowina, Sarajewo und Umgebung, Amsterdam, Cademario, Arosa, Einsiedeln, Groß-Ullersdorf (C.S.R.), Baden i. Schweiz, Wachau (Donautal), Bergün, Göschenen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele.

„Das Ende von St. Petersburg". Ein paar Proletarierschicksale sind das Leitmotiv dieses neuen überwältigenden Russenfilms, der mit wuchtigster Gestaltungskraft aufzeigt, daß Schicksale einzelner Proletarier gleichbedeutend sind mit dem Schicksal der ganzen Arbeiterwelt, dem sich der einzelne nicht zu entziehen vermag. Mit einer unvergleichlichen Darstellungskunst wird das Leben eines unwissenden Bauern, der nach Petersburg wandert, um einen Lebensunterhalt zu suchen, zum Leben des Proletariats über alle Grenzpfähle hinweg. Bitterste Not, Ausbeutung, Unterdrückung, Aufhetzung, Streik, Verrat und Klassenkampf sind die Erlebnisse des unwissenden Bauern, der in die Stadt kommt, wie sie auch das Schicksal der gesamten Arbeiterwelt sind. Der Film wäre unvollständig, wenn das System nicht Erwähnung fände, das sich des Proletariers vom Tage, da er das Licht der Welt erblickt, bemächtigt, deshalb findet auch die Bourgeoisie in dem Film ihre Verkörperung. Brutalität, Macht, Profitgier, Begeisterung, Patriotismus und Krieg, die Wege ihres Systems, diktieren den Lebensweg des Arbeitermenschen. In einer wechselvollen Gegenüberstellung rasen die Bilder vorbei, darstellend all das Geschehen, das den Arbeiter zum Revolutionär werden läßt. Der Unsinn des Krieges, der ohne Uebertreibung mit allen seinen Scheußlichkeiten und Grauen an dem Auge des Zuschauers vorüberzieht, wird klar, wenn die Bilder von der Börse blitzartig auf der Leinwand erscheinen. Trotzdem dieser neue Russenfilm am Schluß eines kleinen kommunistischen Beigeschmacks nicht entbehrt, darf er als ein erschütterndes Kunstwerk, als ein zweiter „Potemkin" bezeichnet werden, den sich alle Werktätigen zum Erlebnis werden lassen müssen. — Gegen diesen aufwühlenden Film verblaßt das Beiprogramm, das einen immerhin sehenswerten Kulturfilm über Land und Leute auf Samoa und die Emelka-Wochenschau mit dem unvermeidlichen Militärrummel bringt. Niemand sollte während der drei Spieltage dieser Woche den Besuch der Gewerkschaftshaus-Lichtspiele versäumen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Breslau.

Donnerstag, 20 Uhr, Funktionärabend im Gewerkschaftshaus, zu dem alle Abteilungsfunktionäre erscheinen müssen.

1. Abteilung, Freitag, den 20. April, pünktlich 20 Uhr, Versammlung bei Müller, Friedrich-Wilhelm-Straße. Dr. Schmerek hält einen Vortrag.

Vom Arbeitsgericht.

Werkvertrag ist kein Arbeitsvertrag.

Der Anstreicher R. hatte mit dem Malermeister H. für das Ausmalen einer Bühne einen Werkvertrag geschlossen. Für diese Arbeit sollten angeblich 125 Mark vereinbart worden sein; gezahlt aber wurden dem Maler nur 80 Mark. Um die nicht gezahlten 45 Mark strengte er eine Klage vor dem Arbeitsgericht an. Das Gericht mußte zunächst seine Unzuständigkeit erklären, da hier offenbar ein Werk- und kein Arbeitsvertrag vorlag. Der Anstreicher war nicht in die Dienste des Malermeisters getreten, wie dies etwa ein Malergehilfe zu tun pflegt, der dann die Arbeit als „Lohnempfänger" Arbeit des Meisters ausführt, sondern er hatte mit H. einen Werkvertrag geschlossen. Der Werkvertrag ist eine Vereinbarung über eine bestimmte Leistung mit dem Ziel eines bestimmten Erfolges, dabei [illegible] nicht Arbeiter und Arbeitgeber, sondern Auftraggeber und Auftragnehmer [illegible] Dienstherrn und Arbeiter. Da aber die streitenden Parteien in diesem Falle [illegible]

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Luftmassen polaren Ursprungs dringen vom norwegischen Meer über die Nordsee nach Mitteleuropa und geben noch zu vereinzelten Schauern Anlaß. Zeitweise kommt es zu stärkerer Aufheiterung. Die Nachttemperaturen gehen daher im Flachlande zum Teil noch etwas unter den Gefrierpunkt zurück, während tagsüber leichter Temperaturanstieg eintritt.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Zeitweise etwas auffrischender, westlicher Wind, nach einzelnen Schauern wieder aufheiternd, schwacher Nachtfrost, tagsüber leichte Erwärmung.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Starker West, wechselnd bewölkt, noch einzelne Schneeschauer, stärkerer Frost.

Datum: 19. 4. 28	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	0	7	−2	heiter	SW 2	gering	
Görlitz	2	5	1		SSW 2	1,0	
Liegnitz	2	5	−1	klar	SSW 1	gering	
Bad Flinsberg	−2	2	−5	heiter	SO 4	"	25
Heufuderbaude	−4	−2	−4	klar	SO 1	0,7	40
Oberschreiberhau	0	1	−3	bewölkt	SW 5		14
N.Schles. Baude							
Reifträgerbaude							
Schneekoppe	−9	8	−10		SW 8		17
Neumarkt	−4	6	0	heiter	SSW 2	4,0	Schneefl.
Krietern	−2	7	0	klar	SSW 1	0,1	2
Zobten							
Bad Salzbrunn	0	4	−2	"	SW 3	gering	5 Schneefl.
Friedland (Bez. Breslau)	−1	3	−4	bedeckt	SSW 2		
Reinerz	0	3	−2	klar	SW 2	0,2	Schneefl.
Landeck	1	4	−2	"	SSW 3	gering	Schneefl.
Reichenstein	2	5	−1	"	S 1		
Festenberg							
Neisse	2	8	−2	"	O 1	gering	
Breslau							
Kreuzburg							
Gleiwitz	1	6	−1	heiter	SW 2	0,1	
Beuthen							

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 18. April.

1 Pfund Sterling	20,406	100 franz. Francs	16,45
1 Dollar	4,1785	100 tschech. Kronen	12,384
100 holl. Gulden	168,62	100 Schweizer Francs	80,56
100 Belga = 500 Franken	58,36	100 Pesetas	70,18
100 norw. Kronen	111,82	100 schwed. Kronen	112,19
10 Danzig. Gulden	81,56	100 Pengö	72,47
100 Lire	22,075	100 österr. Schilling	58,785
100 dän. Kronen	112,11	100 Zloty	46,73

Vereinskalender.

Baugewerkschaft Zobten-Canth. Achtung! Sonntag, 9 Uhr, Koberwitz, bei Stöhr, und 14 Uhr im Rautenkranz zu Canth ist die Quartalsversammlung der Baugewerkschaft. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß jeder Kollege erscheint.
Die Leitung.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Unerlaubtes Waffentragen.

Jeder Träger oder Besitzer einer Waffe muß durch einen Waffenschein zum Tragen legitimiert sein. Wie wenig diese Tatsache noch beachtet wird, zeigen die zahlreichen Delikte dieser Art, mit denen sich das Gericht im besonderen oder in Verbindung mit anderen Straftaten zu befassen hat. Erst dieser Tage stand wieder ein junger Mensch, angeklagt wegen unerlaubten Waffenbesitzes vor dem Strafrichter. Der Angeklagte wurde in einem städtischen Büro aufgegriffen, als er in recht verdächtiger Weise, im Auftrag eines unbekannten Mannes, Erkundigungen einziehen wollte. Hierbei wurde ihm ein geladener Revolver abgenommen, zu dessen Besitze er nicht befugt war. Wenn ihm auch versuchter Raub — obgleich er durch das Tragen der Waffe hierzu stark verdächtigt war — nicht nachgewiesen werden konnte, so hatte er sich doch wegen unerlaubten Waffenbesitzes vor dem Strafrichter zu verantworten. Nach der Herkunft der Waffe befragt, gab er an, sie von einem Arbeitslosen billig erworben zu haben, von der Notwendigkeit eines Waffenscheines habe er nichts gewußt. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis, die das Gericht auf zehn Tage herabmilderte. Die Untersuchungshaft von sechs Tagen wurde hierbei mit angerechnet.

Auch dieser Fall ist deutlicher Beweis dafür, wie leicht man, oftmals nur durch leichtsinniges Handeln oder Unwissenheit, mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen kann. Darum hütet euch vor dem unberechtigten Tragen einer Waffe.

Der ehrliche Zuchthäusler.

Die Flucht des Boxers Greiser.

Wie am Dienstag mitgeteilt wurde, ist in der Nacht von Sonntag zu Montag der Zuchthäusler Greiser aus dem Untersuchungsgefängnis entwischt. Schon am nächsten Tage ging bei der Gefängnisverwaltung ein beim Postamt 6 in der Friedrich-Wilhelmstraße aufgegebenes Paket ein, in dem sich die bei der Flucht mitgenommenen Kleidungsstücke befanden. Als Absender war eine nicht existierende Adresse in der Willmannstraße angegeben. Inzwischen hat sich auch herausgestellt, daß die Flucht lange nicht so rätselhaft war, wie zuerst gemeldet wurde. Der Ausbrecher hat einige Gitterstäbe durchsägt und aus Decke und Bettlaken ein Seil gefertigt, an dem er sich aus dem vierten Stockwerk bis in den Hof heruntergelassen hat, von wo er über die Mauer entwischt ist. Greiser hatte am Vorabend bei der Kleiderabgabe den Hilfsaufseher zu täuschen vermocht und seine Kleidungsstücke in der Zelle behalten.

Aus Schlesien.

Erdbeben oder Grubeneinsturz?

Wie man ein Grubenunglück zu maskieren versucht.

Die gestern gemeldete Erderschütterung in Beuthen OS., die in einem Umkreis von 10 bis 15 Kilometern fühlbar war, scheint eine unerwartete Aufklärung zu finden. Die Telegraphen-Union meldet nämlich, daß im Anschluß an dies vergebliche „tektonische Beben" eine Strecke auf der Karsten Zentrumsgrube zu Bruche ging und vier Bergleute verschüttete, von denen drei bereits tot geborgen und der vierte wohl kaum mehr zu retten ist. Diese Unglücksnachricht wurde erst sehr viel später wie das Gerücht von den „tektonischen Beben" verbreitet und läßt die begründete Vermutung eines Verschleierungsversuches des, offenbar durch mangelhaften Ausbau der Grube zu erklärenden Unglücks zu. Da man an der Bergung der drei Opfer volle vierundzwanzig Stunden arbeitete, läßt sich das Beben wohl auf einfacherem Wege durch die Bewegung der großen Erdmassen erklären. Es wird Aufgabe der Bergbehörden sein, mit Nachdruck die Schuldfrage an diesem Unglück, das wieder drei Arbeiterleben forderte, zu erklären.

* * *

Wie kurz vor Redaktionsschluß gemeldet wird, ist nunmehr auch der vierte von den verunglückten Bergleuten als Leiche geborgen. Die eingeschlossenen Bergleute hatten sich noch längere Zeit durch Klopfen bemerkbar gemacht, sind dann aber erstickt.

Unwetterschäden im Gebirge.

Nach den, infolge durch den schweren Schneesturm hervorgerufenen Zerstörungen der Telephon- und Telegraphen-Leitungen erst jetzt vorliegenden Meldungen, ist der durch die Unwetterkatastrophe am Eulengebirge angerichtete Schaden außerordentlich groß. Besonders das Gebiet der Peile wurde durch den stundenlang niederströmenden wolkenbruchartigen Regen sehr schwer bedroht und geriet in Gefahr von Hochwasser. Vielerorts mußte die Hilfe der Feuerwehr angerufen werden. Der Regen verwandelte sich vorgestern in den frühen Morgenstunden in Schnee. Zugleich mit einem Gewitter trat starker Sturm auf und verwehte Straßen und Wege auf weite Strecken, stellenweise meterhoch. In vielen Ortschaften hatten die elektrischen Lichtleitungen Kurzschlüsse. Aus zahlreichen Stallungen mußte das Vieh vor dem eiskalten Hochwasser in Sicherheit gebracht werden. Die Bewohner der Häuser an der Reichenbacher Peile wurden während der Nacht durch die Polizei zur Räumung der Gebäude veranlaßt, da Einsturzgefahr drohte. Der Schaden der Landwirtschaft dürfte erneut besonders groß sein.

Selbstverständlich machte sich das Unwetter auch im Riesengebirge bemerkbar. Wie uns aus Hirschberg gemeldet wird, sind im Gebirge zahlreiche Licht- und Kraftleitungen zerstört, der Bahnverkehr zeitweise unterbrochen oder stark gehindert gewesen und der in den Forstbeständen durch niedergehende Schneemassen angerichtete Schaden erheblich.

Merkwürdige Amtsverschwiegenheit.

4000 Mark unterschlagen.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir von Unterschlagungen in Weißwasser O.-L., deren ein früherer nationalgesinnter Amtsanwalt am dortigen Amtsgericht Fliegner, öffentlich beschuldigt wird. Das Amtsgericht darüber befragt, verschanzte sich hinter die Amtsverschwiegenheit. Jetzt erfahren wir von anderer Seite, daß Fliegner vom Dienst suspendiert und auf halbes Gehalt gesetzt wurde. Gegen Fliegner wird nach Abschluß des gegen ihn schwebenden Verfahrens wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in bisher festgestellter Höhe von 4000 Mark das Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Verfehlungen reichen bis ins Jahr 1924 zurück.

Der Wahlleiter für Liegnitz.

Zum Wahlleiter für die Reichstags- und Landtagswahlen im Wahlkreise Liegnitz ist Oberregierungsrat v. Spießen in Liegnitz, zum Stellvertreter Regierungsassessor Dr. Ludwig ernannt worden.

Sühne für Roßberg.

Nachdem die Staatsanwaltschaft die Untersuchung über den Ueberfall auf die polnische Versammlung in Roßberg bei Beuthen abgeschlossen hat, findet die Verhandlung gegen die Schuldigen voraussichtlich am 1. Mai statt. Angeklagt sind 24 Personen. Geladen werden 12 Zeugen. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch und Gewalttätigkeiten gegenüber der polnischen Minderheit. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Lachmann.

Neurode. Ein Hautpickel als Todesursache. Dieser Tage verstarb hier der Schneider Karl Simon infolge Blutvergiftung. S. hatte versucht, sich ein Blätterchen aus dem Gesicht zu entfernen, und sich dabei eine Blutvergiftung zugezogen.

Ludwigsdorf, Kr. Neurode. Gefährlicher Katzenbiß. Von einer anscheinend tollwütigen Katze wurde die Tochter des Fleischermeisters Grimm gebissen und mußte in eine Breslauer Klinik transportiert werden.

Schosdorf, Kreis Löwenberg. Das überflüssige Rezept. Als die hiesige 62jährige Witwe Pauline Klemmt sich von der Wohnung eines Arztes in Löwenberg, den sie zur Konsultation aufgesucht hatte, zur Apotheke begeben wollte, um sich das vorgeschriebene Rezept anfertigen zu lassen, brach sie plötzlich auf der Straße zusammen. Sie wurde noch lebend ins Nachbarhaus gebracht, verschied aber nach wenigen Minuten.

Liegnitz. Unversehrt aus dem Fenster gestürzt. Mit ihrem Freunde, dem Hund, saß die kleine Tochter der Familie B. auf dem Fensterbrett im ersten Stock der Wohnung und schaute, den Arm um den vierbeinigen Genossen gelegt, auf die Straße. Plötzlich ärgerten ihn vorübergehende Passanten. Wütend bellend drängte er nach vorn, stürzte aus dem Fenster und riß die Kleine mit sich. Aber wie durch ein Wunder blieb das Kind verschont, sie erlitt nur einige unbed. tende Hautabschürfungen.

Liegnitz. Die Garnison verläßt die Stadt. Zum 1. Oktober 1929 erfolgt die Verlegung der Liegnitzer Garnison (Stab, 7. und 8. Kompagnie des 6. Preußischen Infanterie-Regiments und die Maschinengewehr-Abteilung) nach Glogau.

Liebau. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Die Arbeiter Fichtner und Kuhn von der Wihardschen Weberei waren mit Kesselreinigen beschäftigt. Die Oxydgase müssen in diesem außer Betrieb gesetzten Kessel wohl noch vorhanden gewesen sein, denn beide wurden von heftigem Unwohlsein befallen, und nur mit großer Mühe gelang es ihnen, ins Freie zu gelangen. Beide fand man, vor dem Kessel liegend, besinnungslos auf. Man schaffte sie zum Arzt, der eine Gasvergiftung festgestellt hat.

Görlitz. Verhängnisvoller Spaß. Manche harmlose Neckerei hat mitunter die traurigsten Folgen. Ein derart betrübender Vorfall ereignete sich in einer Gastwirtschaft auf dem Brautwiesenplatz. Dort hielt ein Fleischer Einkehr. Dieser hatte in seinem Rucksack das Fleischerhandwerkszeug. Ein anderer hinzukommender Gast wollte den Fleischer hochheben, griff dabei an den Rucksack und schnitt sich mit dem Messer das Handgelenk durch. Von anderen im Lokal befindlichen Gästen wurde der Schwerverletzte verbunden. Das eiligst herbeigerufene Sanitätsauto sorgte für dessen weitere Ueberführung nach dem Krankenhaus.

Schweidnitz. Nehmen ist seliger denn Geben. Diesen Bibelspruch scheint das hiesige Finanzamt befolgen zu wollen, indem es sich um die restlose Abführung der Steuern kümmert, andererseits aber seinen Angestellten nicht den verdienten Lohn zahlen will. So veröffentlichte das Finanzamt in der hiesigen „Täglichen Rundschau" ein Inserat, in dem ein Buchdrucker für den Finanzamtsbetrieb gesucht wurde. Es gingen auch Gesuche ein und den Bewerbern wurde der Bescheid, daß sie bei 51stündiger Wochenarbeit den fürstlichen Lohn von — 28 Mark erhalten, wenn sie ledig sind, einem Verheirateten würde man noch weiter entgegenkommen und ihm 30 Mark (2 Pfennige) bezahlen. Hoffentlich kümmert sich die Tarifgemeinschaft des Buchdruckgewerbes um diesen eigenartigen Arbeitgeber und macht ihm klar, daß er als staatliches Unternehmen wohl oder übel die Tariflöhne zu zahlen hat, die fast noch einmal so hoch sind als die den Bewerbern in Aussicht gestellten.

Waldenburg. Zu Tode gequetscht. Der Arbeiter Anton Grieger aus Dittersbach wollte in der Kokerei der Melchiorgrube die abgerutschte Kranette wieder auflegen. Dabei wurde er von der Verlademaschine erfaßt und buchstäblich zu Tode gemangelt.

Weißstein. Der Tod auf der Straße. Als der Rottenführer a. D. Grosser in Gesellschaft seines Schwiegersohnes einen Bekannten auf dem Heimwege ein Stück des Weges begleitete, überraschte ihn der Tod. Infolge eines Schlaganfalles stürzte er von der Eisenbahnbrücke an den Waldheilstätten ab und noch ehe man ihm Hilfe bringen konnte, war er bereits verstorben.

Nieder-Hermsdorf, Kr. Waldenburg. Ein vorbildlicher Beschluß des Gemeindeparlaments. Die hiesige Arbeiter-Samariter-Kolonne hatte die Gewährung einer laufenden Beihilfe beantragt, um in der Lage zu sein, den wachsenden Unfalldienst versehen zu können. Daraufhin beschloß die Gemeindevertretung, der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz und den Arbeiter-Samaritern je eine laufende jährliche Beihilfe in Höhe von 300 Mark zu gewähren und diese Beträge in den neuen Haushaltsplan einzusetzen.

Ober-Hermsdorf, Kreis Waldenburg. Der Gemeindevorsteher wiedergewählt. Nach der Neuwahl des Gemeindeparlaments mußte in unserer Gemeinde auch die Wahl des Gemeindevorstehers erfolgen. Der bisherige Gemeindevorsteher, Genosse Thomas, (Sozialdemokrat) wurde wiedergewählt.

Kunzendorf a. Biele. Aus Liebesgram in den Tod. Wegen Lösung eines Liebesverhältnisses erschoß sich am Freitag der erst 20 Jahre alte Schweizer Tobis von hier.

Gleiwitz. Der Todessprung auf die Straßenbahn. Die Unsitte, auf die fahrende Trambahn zu springen, hat wieder ein Opfer gefordert. Der hiesige Alois Schwienty, der sich für kurze Zeit in Kattowitz aufhielt, versuchte durch Aufspringen mit einer bereits fahrenden Straßenbahn in Siemianowitz noch mitzukommen. Er stürzte jedoch ab, blieb mit schwerer Gehirnerschütterung liegen und ist am gleichen Tage gestorben.

Kattowitz. Ein Riesen-Hochofen mehr. Auf der Friedenshütte wurde dieser Tage ein Hundert-Tonnen Siemens-Stahlofen, der mit allen erdenklichen modernen technischen Errungenschaften versehen ist, in Betrieb genommen. Diese Neuerung ist ein Beweis für die Vergrößerung der Rohstahlproduktion in den Werken.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Schwurgericht.

Unter Vorsitz des Landgerichtsrats Rosenthal beginnt Montag, den 23. April eine Schwurgerichtstagung, die nur drei Tage dauern wird. Verhandelt werden soll am 23. April eine gewerbsmäßige Abtreibung bzw. Beihilfe dazu. Angeklagt sind die Wirtschafterin Sch, die Buchhalterin H., die Hausangestellte W. und der Reisende R. Am 25. April wird gegen vier Ehefrauen und zwar gegen Helene K., Elfriede J., Else G. und Marie B. wegen Kindestötung bzw. Beihilfe dazu verhandelt. Am 26. April hat sich Frau K. aus Stabelwitz wegen wissentlichen Meineides zu verantworten. Als Geschworene wurden einberufen Kaufmann Ludwig Kern, Fleischermeister Heinrich Winkler, Lehrerin Wanda Peukert, Tiefbaupolier Karl Giertschel, Tischlermeister Paul Schikor und Schlossermeister Oskar Möslinger.

Viel Arbeit für die Gerichte.

Nachdem bereits in der vorigen Woche zu den bisher bestehenden Großen Schöffengerichten noch ein weiteres hinzugekommen war, ist nunmehr auch noch eine neue Große Strafkammer geschaffen worden. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Nebesky. Wir haben nunmehr drei Große Strafkammern und zwar die erste, fünfte und die sechste Große Strafkammer. Außerdem gibt es die zweite, die dritte und vierte Kleine Strafkammer. Die neue Strafkammer wird vorläufig am Mittwoch jeder Woche tagen. Da Direktor Nebesky bisher den Vorsitz bei dem Dienstag und Freitag tagenden Schöffengericht hatte, ist an seine Stelle Landgerichtsrat von Jastrow getreten.

* **Silberhochzeit** feiert heute der Müller Genosse Karl Schönfelder, Klosterstraße 19/21, mit seiner Ehefrau. Genosse Schönfelder ist langjähriges Parteimitglied, ebenso viele Jahre gewerkschaftlich organisiert. Die „Volkswacht" ist ebenfalls seit dieser Zeit im Hause. Wir gratulieren dem Ehepaar herzlich. Distrikt 28.

* **Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Breslau.** Sonntag, den 22. April, 9,30 Uhr vormittags, im großen Saale des Gewerkschaftshauses Massenprobe für Männer- und Gemischte Chöre zum 1. Deutschen Arbeiter-Sängerfest in Hannover. Alle Vereine nehmen vollzählig daran teil, die Herren Dirigenten erscheinen gleichfalls. Die Bezirksleitung.

* **Humboldtverein für Volksbildung.** Die durch ihre Tätigkeit in der Frauenbewegung, sowie im Reichstag bekannte Frau Katharina von Kardorff-Berlin (früher Frau von Oheimb) spricht Sonnabend, den 21. April, 20 Uhr, Universität in unserem Verein über: „Die Frau", worauf wir hierdurch nochmals hinweisen. Karten in beiden Ausgabestellen und an der Abendkasse.

* **Kant-Gesellschaft.** Dienstag, den 24. April, 20 Uhr, Matthiaskunst, großer Saal, Vortrag Professor Dr. Theodor Lessing-Hannover: „Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen". Gäste willkommen.

* **Zahntechnikerprüfung.** Die Bezirksgruppe Mittelschlesien im Reichsverbande Deutscher Dentisten, hielt am 28. März d. Js. in den Räumen der Städt. Berufsschule 2 eine Technikerschlußprüfung ab. Von den zur Prüfung zugelassenen 11 Praktikanten bestanden 7 mit dem Prädikat gut und 2 mit genügend. 2 Prüflingen konnte wegen besonders guter Arbeiten die Prämien der Berufsschule und des Reichsverbandes zuerkannt werden. Unzureichende Leistungen wurden nur bei einem Praktikanten festgestellt, weshalb auf Zurückstellung um ein Jahr erkannt wurde. Als Prüfer amtierten: Gewerbeoberlehrer Direktor Kluge, Fachlehrer Seidel, Dentist Hermsdorf, sowie die Vorsitzenden der Bezirksgruppe Mittelschlesien und der Praktikantenprüfungskommission, Dentisten Fritz Schade und Alfred Hammermüller.

* **Schwerer Zusammenstoß.** Als am Mittwoch abend gegen 20 Uhr der Kutscher Paul Raschke, Alsenstraße 78, mit einem Fuhrwerk vom Wäldchen kommend die Rosenthalerstraße überqueren und in die Burkhardtstraße fahren wollte, stieß ein vom Benderplatz kommender Straßenbahnzug der Linie 15, der nicht mehr anzuhalten vermochte, so heftig gegen das Fuhrwerk, daß der Kutscher vom Wagen geschleudert wurde. Mit schweren Verletzungen am Kopfe und einer Gehirnerschütterung mußte der Verunglückte in das St. Georgs-Krankenhaus geschafft werden.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Verlegung der Elternbeiratswahlen.

Die Breslauer Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, hat den im Regierungsbezirk für den 13. Mai angesetzten Termin für die diesjährigen Elternbeiratswahlen auf Sonntag, den 24. Juni, verlegt.

Pohlanowitz. Die Wählerliste liegt zur Einsichtnahme täglich von 8 bis 19 Uhr im Amtszimmer des Gemeindevorstehers aus.

Lohe. Die Lohe führt Hochwasser. Durch den starken Regen und die großen Schneefälle trat das Flüßchen Lohe gestern abend aus den Ufern, am meisten bei Wasserjentsch, Lohe und bei dem Bahnübergang Klettendorf-Hartlieb. Der Garten von Schottländer steht fast zur Hälfte unter Wasser. Auf der anderen Seite reicht das Wasser bis an die Rennbahnställe. In Lohe stehen die Stühle des Kaffeegartens zum Teil ebenfalls im Wasser. Große Wiesenflächen sind überschwemmt.

Kniegnitz. Der Kampf beginnt — erfolgreiche Wählerversammlung. Hier fand am Sonntag, den 14. April, eine öffentliche Wählerversammlung der Partei statt, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Genosse Fritsch-Schmolz führte den Anwesenden die Arbeit der verschiedenen politischen Parteien in der letzten Legislaturperiode vor Augen und behandelte insbesondere die Zoll- und Steuerpolitik des Bürgerblocks. Die Versammlung ist als ein Erfolg für die Partei und die kommenden Wahlen zu buchen. Eine Tellersammlung brachte den Betrag von sechs Mark und 80 Pf. für den Wahlfonds. Auch wurden drei Aufnahmen für die Partei gemacht.

Arbeiter-Sport

Um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft

im Arbeiter-Turn- und Sportbund

V.f.L. 88 Naumburg — West 03 Leipzig 2 : 0.

Umringt von Naumburger Stürmern (dunkel) faustet der gute Leipziger Torhüter in höchster Not den Ball.

Bezirksjugendausschuß. Montag, den 23. April, in der Schiedsrichterversammlung: Ausgabe des Meldematerials zum Kreisjugendtreffen (Waldenburg). Gruppenspielausschuß. — Anschließend an die Frühjahrsrunde werden drei Spiele der Herbstserie ausgetragen. Protest- und ausgefallene Spiele der ersten Mannschaften werden nach den drei Spielen erledigt. In der Tabelle vom 22. April, heißt es unter der Zeile (III. und IV. Mannschaften) nicht Jugend, sondern Männermannschaften.

Fußball, Verhandlungsausschuß. Ladung für den 23. April. 20 Uhr: In Sachen Freie Sportfreunde Hilbricht, Seidel, Weiß, dazu Spielführer Silesia-Kickers und Schiedsrichter Kronig (F.S.V.). — 20.15 Uhr: Spielführer (V.f.R.) und Schiedsrichter Elsner (V.f.L.). — 20.30 Uhr: Kan…ie (Freie Sportfreunde), dazu Vereinsvertreter (Wratislavia). — 20.45 Uhr: Süd, dazu Spielführer II. Mannschaft, Vereinsvertreter und Schiedsrichter Rudolf (1924). — 21 Uhr: Erwin Altmann (F.S.V.) und Schiedsrichter Grindel (Hertha).

L. Männer-Abteilung Freie Turnerschaft Breslau. Freitag, den 20. April, nach dem Turnen bei Altmann: Sitzung der 1. Handball-Mannschaft.

Fußballsparte. Sparteleitung. Zu der am 19. April, 20 Uhr, im Gewerkschaftshause stattfindenden Versammlung ist unbedingte Pflicht, dort vollzählig zu erscheinen. O. Neugebauer.

S.K. Poseidon. Heut abend gehen alle Mitglieder in die Versammlung der Bundesvereine Breslaus, die zum Bundestag Stellung nimmt und im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses um 8 Uhr beginnt. Bundesmitgliedsbuch als Ausweis mitbringen.

Freie Kanuvereinigung. Sonntag früh 7 Uhr, für alle Gruppen Arbeitsdienst im Bootshaus, gleichfalls die Frauengruppe. Sonnabend, 21 Uhr, für alle Arbeitsgruppenleiter im Gewerkschaftshausrestaurant Besprechung.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde" E. V. Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr, Vortrag mit Bildern: „Wind- und Wetterkunde". Ref. v. d. Borne. — Sonntag, den 22. April: Führung durch die Wetterwarte. Treffpunkt 9.30 Uhr Südpark, Endstation Straßenbahn. Weitere Bekanntmachungen in der Versammlung.

Arbeiter-Turn- und Sportverein E. V. Hundsfeld. Freitag, den 20. April: Vierteljahrsversammlung.

Breslauer Produktenbörse vom 18. April.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 18. April 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz. Getreide: Ruhiger. — Mehl: Ruhiger.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide (p.hl.)	18.	17.	Oelsaaten:	18.	17.
Weiz. 74 kg E.G.	27,60	27,60	Mittl. Art und Güte letzt. Ernte		
Roggen 71 kg*	30,00	30,00	Winterraps . .	—,—	—,—
Hafer*	26,00	26,00	Leinsamen . .	—,—	—,—
Braugerste, gute	29,00	29,00	Senfsamen . .	—,—	—,—
Braugerste*	27,00	27,00	Hanfsamen . .	—,—	—,—
Industriegerste einschl. Winterg.*	24,00	24,00	Blaumohn . .	—,—	—,—

* Mittlere Art und Güte

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	18.	17.		18.	17.
Weizenmehl	39,75	39,75	Auszugmehl	45,50	45,00
Roggenmehl	41,50	41,50			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz. feinere Sorten werden höher bezahlt.

Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Kahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark: für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung im Monat	Weizen Normalgewicht 755 g für das Liter		Roggen Normalgewicht 712 g für das Liter		Hafer Normalgewicht 475 g für das Liter		Roggenmehl nach Typen 60 %	
	18. 4.	17. 4.	18. 4.	17. 4.	18. 4.	17. 4.	18. 4.	17. 4.
Mai	284	289 u G	306 B	304	279 B	270	—	—
	—	—	304 G	—	267 G	—	—	—
Juli	—	305 B	270½	273	275 B	278 B	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—
Septbr. . .	271	277 B	—	—	225 B	228 B	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—

Tendenz: Brotgetreide willig, Hafer schwächer.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 18. April 1928.

Der Auftrieb betrug 1061 Rinder, 1158 Kälber, 240 Schafe, 4257 Schweine. Ueberstand vom vorigen Markte waren: 9 Rinder, — Kälber, 13 Schafe, 44 Schweine.

Mithin Gesamtauftrieb: 1070 Rinder, 1198 Kälber, 253 Schafe, 4301 Schweine.

	Stück	Es wurde gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht Mark
I. Rinder.	1070 Stück	
A. Ochsen:	179	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 1. jüngere		51–54
2. ältere		51–54
b) sonst vollfleischige 1. jüngere		58–43
2. ältere		59–43
c) fleischige		25–30
d) gering genährte		25–30
B. Bullen:	342 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		52–54
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		44–46
c) fleischige		34–38
d) gering genährte		—
C. Kühe:	414 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		43–47
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		32–36
c) fleischige		24–27
d) gering genährte		18–20
D. Färsen (Kalbinnen):	105 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts		52–55
b) vollfleischige		41–45
c) fleischige		–26
E. Fresser:	26 Stück	
Mäßig genährtes Jungvieh		36–41
II. Kälber.	1198 Stück	
a) Doppelter bester Mast		—
b) Beste Mast- und Saugkälber		75–80
c) Mittlere Mast- und Saugkälber		66–70
d) Geringere Kälber		–60
III. Schafe.	253 Stück	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast		—
2. Stallmast		59–64
b) Mittlere Masthammel, ältere Mastlämmer und gut genährte Schafe		42–50
c) Fleischiges Schafvieh		—
d) Geringgenährtes Schafvieh		—
IV. Schweine.	4301 Stück	
a) Fettschweine über 150 Klg. (3 Zentner) Lebendgewicht		—
b) vollfleischige Schweine von ca. 240–300 Pfd. Lebendgew.		48–50
c) " " " 200–240 "		47–50
d) " " " 160–200 "		45–46
e) fleischige " " 120–160 "		43–45
f) " unter 120 Pfund Lebendgewicht		—
g) Sauen und Eber		40–44

Zentralverband der Zimmerer.

Am 16. April verschied durch Unglücksfall unser langjähriges Mitglied, der Zimmerpolier

Hermann Geisler

im Alter von 50 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, 19. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Maria-Magdalenenkirchhofes, Ende Lohestraße. 2585

Woher die Kinder kommen

ein Buch, das auch die Kinder lesen sollen, von Dr. med. Max Hodann, mit 7 Bildern . . . . nur **0.50**

Bub und Mädel

dasselbe für die Jugend 150 Seiten **2.60**

Geschlecht und Liebe

für die Erwachsenen, 19 Bilder, zirka 300 Seiten 7.50 gebunden **10.00**

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau

Neue Graupenstr. 5 • Neue Taschenstr. 11

Kleidung wie sie sein muß!

Zweckmäßig und haltbar, dabei aber auch sehr billig!

Ärztemäntel für Herren, prima Köper, weiß . . . 10.50, 9.50, 8.50 **7**95

Ärztemäntel für Damen, prima Köper, weiß 8.50 **7**65

Schutzmäntel für Damen, prima schwarz Satin **6**95

Koch- u. Konditor-Jacken prima Köper, weiß **5**50

Kellner-Jacken prima … Köper **5**95

Fleischer-Jacken weiß Köper und pr. gestreifter Satin 6.50 **5**90

Friseur-Mäntel prima weiß Köper 7.95 **5**95

Haarschneide-Mäntel . . **4**75

Maler-Kittel aus prima Nessel . **4**90

Setzer- u. Mechaniker-Kittel **4**95

Monteur-Jacken prima Haustuch und Köper 3.75 **1**90

Monteur-Hosen prima Haustuch und Köper . . . 3.75 **1**90

Kommen Sie zu uns und überzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit unserer Angebote!

Rudolf Petersdorff

BRESLAU · OHLAUERSTRASSE · SCHUHBRÜCKE

Wir sind Leser der Volkswacht

Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der Volkswacht inserieren. Sagt das beim Einkauf. Ihr nützt uns und damit Euch selbst.

WINDJACKEN

kaufen Sie gut und billig bei

M. Danziger Nachf. nur Höfchen-Ecke Sadowastraße

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.

Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern